



Tierschutzpolitik: Die Stimme der Stimmlosen

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Partei Mensch Umwelt Tierschutz
- Tierschutzpartei - Sekretariat
Schreiersgrüner Straße 5
08233 Treuen
Tel: 037468 267
Fax: 037468 68427
sekretariat@tierschutzpartei.de

Redaktionsleitung:

Robert Gabel
60, rue Wiertz
B-1047 Brussels
Telefon: +32 2 28 38202
Mobil: +49 179 5291338
magazin@tierschutzpartei.de

Redaktionsteam:

Matthias Ebner, Robert Gabel, Sabine Jedzig,
Patricia Kopietz, Sandra Lück, Dr. Heidi
Stümges, Helmut Wolff

Layout: Robert Gabel

Bank: Ethikbank

IBAN: DE34 8309 4495 0003 0002 81
BIC: GENODEF1ETK

Rechtliches: Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Texte, Fotos, Dateien etc. Wir behalten uns vor, Leserbriefe und Artikel gekürzt zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder der Partei wieder. Die Redaktion haftet nicht für eventuell unrichtige Informationen und andere Inhalte von namentlich gekennzeichneten Beiträgen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Sie finden sämtliche Ausgaben auch online: www.tierschutzpartei.de/magazin

Alle verwendeten Fotos und Illustrationen stammen von den jeweiligen Artikel-Autoren, dem Redaktionsteam, der Tierschutzpartei oder von pixabay.

Editorial/Vorwort	3
Folgen der Nutzung von Braunkohle	4
Wie steht es um die Verkehrswende?	5
Der wahre Schuldige ist der Verbraucher	7
Vorsicht vor rechten Tierschützern	9
Rückengesundheit	11
Multiresistente Keime	12
Warum gerade ich?	13
Anerkennung von ME/CFS	16
Lohngerechtigkeit?	18
Neuer Fleischskandal	19
Sabine Brigitte Pankau Interview	20
Wasser muss Allgemeingut bleiben	22
Den Wohn-Wahnsinn beenden	23
Wieder ein Tierversuch-Skandal	24
Aufforstung gegen Klimawandel	25
Glyphosat verbieten!	26
Skifahren um jeden Preis?	27
Ehrgeizige Klimaschutzziele!	28
Altersarmut - es ist eine Schande!	29
Strafanzeige gegen Schlachthof	30
Skandalurteil gegen Attac	31
Weitere Abgeordnete in Australien	32
Sitz in England für Jane Smith	32
Trauer um die Opfer von Christchurch	33
Kreuzfahrt-Verbot ab 2026 in Norwegen	34
Fleischkonsum noch zeitgemäß?	35
Das stille Leiden der Hummer	37
Welttragödie Artensterben	38
Subventionen für innerdeutsche Flüge	39
Umweltminister lässt Wolf abschießen	40
Wolfsabschuss: Klagevorbereitung	42
Skandalurteil zum Kükenschreddern	44
Hitzefalle Auto	45
Marktliberale Milchmädchenrechnung	46
Igel in Gefahr	47
Das Glück zählt keine Chromosomen	48



Robert Gabel
Redaktionsleitung,
Bundesvorsitzender

Noch nie war die gesellschaftliche Debatte um Tierschutz, Tierrechte, Biodiversität, Klima- und Umweltpolitik so intensiv wie in diesen Tagen. Wöchentlich kommen neue Skandale ans Tageslicht, teilweise durch angeblich „illegale“ Recherteams aufgedeckt, weil die Behörden versagen. Aber immer mehr befassen sich auch große Tageszeitungen mit diesen Problemen und natürlich mahnen immer mehr Wissenschaftler.

Aber die Politik? Die schläft einfach weiter. Bis das Artensterben und die Umweltzerstörung ein Überleben auf unseren Planeten unerträglich schwer machen und die täglichen millionenfachen Greuel an sogenannten „Nutz“tieren ein Maß erreicht haben, dass empathische Mitmenschen in tiefe Krisen stürzen lässt. Noch lässt sich diese Entwicklung aufhalten. Dafür dürfen wir aber nicht auf diejenigen hören, die vor Panikmache warnen oder jede engagierte Bewegung als „Sekte“ abstempeln wollen. Sondern wir müssen auf unser Gewissen hören, auf die Wissenschaft und auf die Menschen, die sagen, dass ihnen Mitgefühl und der Wert jedes Lebens wichtig ist.





Die Folgen der Nutzung von Braunkohle

Kaum eine Umweltsünde ist so gravierend und nachhaltig zerstörerisch, wie der Abbau und die Nutzung von Braunkohle.

Braunkohlekraftwerke sind mit die größten Klimakiller. Die größten Klimasünder Europas sind dabei die RWE-Kraftwerke im Rheinland, denn die Braunkohle ist der schmutzigste Energieträger mit dem höchsten CO₂-Ausstoß pro Kilowattstunde.

Um die Braunkohle zu fördern, werden nicht nur ganze Landstriche verwüstet, unzählige Dörfer abgerissen und umgesiedelt, auch wird das Grundwasser über Jahrhunderte geschädigt.

Übrig vom Abbau und dem Abpumpen des Grundwassers bleiben riesige Löcher, die anschließend wieder künstlich mit Unmengen von Wasser befüllt werden müssen, sowie Mondlandschaften, die aufwendig rekultiviert werden – soweit dies überhaupt möglich ist. Aus ehemals fruchtbaren Böden entstehen Kultursubstrate, deren landwirtschaftliche Nutzung künftig eingeschränkt sind und grundwasserabhängige Feuchtgebiete werden zu Biotopen, welche dauerhaft künstlich mit Wasser versorgt werden müssen.

Doch nicht nur Mensch, Umwelt und Klima leiden erheblich unter dem Braunkohleabbau.

Auch für die Tierwelt bedeutet die Zerstörung eine Katastrophe.

So werden jahrhundertealte Bäume gefällt, die Lebensraum unzähliger Tiere darstellen, Wälder zerstört, die einheimische und auch bedrohte Tierarten beherbergen.

Zwar brüsten sich Konzerne wie RWE gern damit, neuen Lebensraum für geschützte Tiere anzulegen, doch die Umsiedlung von vom Aussterben bedrohten Vogelarten oder den Bechsteinfledermäusen verläuft oft nicht reibungslos, oder ist langfristig gesehen gar nicht möglich.

Im Hambacher Forst zum Beispiel wurden Fledermaushöhlen verklebt, um die Tiere zur Umsiedlung zu zwingen. Nach dem gerichtlichen Rodungsstopp öffneten Aktivisten und Tierschützer die Baumhöhlen und fanden viele elendig verendete Tiere vor, die von den Mitarbeitern einfach eingeschlossen wurden.

Auch der Mittelspecht, der zu den stark gefährdeten Tierarten in NRW gehört, ist nicht einfach umzusiedeln, da dieser in seiner Ernährung vor allem auf Eichen-Althölzer angewiesen ist. Ein Fortschreiten der Abholzung der Alt-Eichenhölzer würde die dortige Mittelspecht-Population weitestgehend ausrotten.



Wie steht es um die Verkehrs

Die Größen der deutschen Autoindustrie erwachen nur allmählich aus ihrem Dornröschenschlaf, was den Bau von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben angeht. Zu lange hat man sich auf dem Verbrennungsmotor ausgeruht und sich auf manipulierte Abgaswerte verlassen.

Dass die Zukunft bei alternativen Antrieben liegt, ist nun allerdings nicht mehr zu übersehen. Preislich sind viele Elektro-Modelle inzwischen bereits zu günstigen Konditionen zu bekommen. Dank der von der Bundesregierung gewährten Prämie von 4.000 Euro ist das im letzten Jahr meisterverkaufte Elektroauto in Europa schon ab 18.365 Euro erhältlich und ein an der Universität Aachen entwickelter Kleinwagen, der ab Mai 2019 produziert werden soll, sogar bereits ab 11.900 Euro.

Bisher haben Autobauer in Asien die Nase vorn, aber auch innovative deutsche Unternehmen machen von sich reden. Ein Münchner Start-up will nun sein erstes Modell auf den Markt

bringen. Schon über 9.500 Käufer*innen haben sich einen Wagen reservieren lassen. Insgesamt will das Unternehmen 260.000 Fahrzeuge dieses Modells bauen lassen, das mit einem Gesamtpreis von 25.500 Euro zwar etwas teurer wird als geplant, aber mit vielen Extras aufwartet. Insbesondere eigene Solarmodule zum Aufladen der Batterie sowie ein Luftfilter aus Moos machen dieses Fahrzeug einzigartig.

Die meisten Argumente der E-Auto-Kritiker*innen sind zudem zwischenzeitlich größtenteils widerlegt:

Laut aktuellen Studien hat ein E-Auto zum Teil bereits nach 1,6 Jahren eine bessere Klima-Bilanz als ein gleich großer Diesel – inkl. Produktion, Betrieb mit konventionellem Strom bzw. Kraftstoffen und Entsorgung aller Fahrzeugkomponenten inklusive Batterie. Auch kann vermutlich bald auf knappe und unter kritischen Bedingungen zu fördernde Batterierohstoffe wie Lithium und Kobalt verzichtet werden.



wende in Deutschland?

Aktuell werden diese bei der Produktion bereits schrittweise reduziert.

Doch es gibt auch noch eine weitere vielversprechende Technologie abgesehen von der Elektromobilität: Die Brennstoffzelle erzeugt in einer chemischen Reaktion aus Wasserstoff und dem Sauerstoff der Umgebungsluft Strom. Brennstoffzellen benötigen also lediglich Wasserstoff und anstelle von Abgas kommt einfach nur Wasserdampf aus dem Auspuff. Als Treibstoff kommen auch Ethanol, Methanol und andere Kohlenwasserstoffe in Frage, die durch Katalyse vor dem Verbrennen in Wasserstoff umgewandelt werden. Da dabei aber dann doch wieder CO₂ ausgestoßen wird, ist der direkte Einsatz von Wasserstoff vorzuziehen. Im Idealfall wird dieser Wasserstoff klimaneutral erzeugt.

Wasserstoff löst bei den erneuerbaren Energien das Problem der Speicherung. Wird beispielsweise Solarstrom für die Erzeugung von Wasserstoff eingesetzt, kann die tagsüber

erzeugte Energie in Form von Wasserstoff für den Verbrauch in der Nacht gespeichert werden. Das gleiche gilt für Windenergie, die dann auch an windstillen Tagen zur Verfügung stehen würde. Bisher wird der Wasserstoff noch zu 70 Prozent aus Erdgas gewonnen, kann aber zukünftig komplett aus erneuerbaren Energien hergestellt werden.

Ein weiterer großer Vorteil von Brennstoffzellenautos: Die schnelle Betankung und höhere Reichweite im Vergleich zu Elektroautos.

Trotz dieser vielversprechenden Entwicklungen muss der Fokus jedoch auf einem Ausbau des ÖPNV liegen, denn nur so lösen wir auch das Problem der zunehmenden Staus, die Deutschlands Wirtschaft bereits 80 Milliarden Euro jährlich kosten!

Daher brauchen wir deutlich mehr finanzielle Mittel für den Ausbau des ÖPNV sowie dessen besserer Vernetzung und deutlichen Vergünstigung.

„Der wahre Schuldige mit enormer Macht ist der Verbraucher“

Industrie und Handel wecken einen Bedarf, sie möchten Umsatz mit Hilfe des Verbrauchers, des Konsumenten. Auf der anderen Seite reagiert der Handel sowie die Industrie auf den Verbraucher, der bedient werden will. So funktioniert die Marktwirtschaft. So entwickeln sich auch Trends. So entwickelt sich ein Haben-Muss, ein Up-to-date, was einen erhöhten Konsum zur Folge hat.

Mehr Müll, mehr Plastik, mehr Umweltschäden, mehr Gifte, mehr Tierversuche, mehr Tierqual u.a. durch die Massentierhaltung, mehr Gülle und Gift auf den Feldern. Alles „Mehr“ was unseren Lebensraum so stark negativ beeinflusst und unsere Zukunft gefährdet, ist eine Folge von Konsum. Konsum durch den Verbraucher. Von allen, die einfach nur unbedacht und egoman konsumieren, annehmen was vorgesetzt wird, ohne zu hinterfragen.

Der Verbraucher mag es bequem und unkompliziert und möchte viel Vergnügen und Freude. Die Industrie, der Handel und Dienstleister machen sich diesen Bedarf zu Nutze und bedienen.

Haben diese die Verantwortung dadurch übernommen? Die Verantwortung der Umwelt,

dem Tier sowie dem Verbraucher gegenüber? Letztendlich sind sie in einer Zwickmühle, denn auch der Preis spielt eine Rolle und der sorgt oft für ein Ausbeuten und -nutzen in der Herstellung zu Lasten von Umwelt und Tier, auch von Mensch. Gelegentlich auch als Mogelpackung zu Lasten des Verbrauchers. In den meisten Fällen zu Lasten der Tiere und der Umwelt und unser aller Zukunft.

Alles ist ein Kreislauf und kommt zum Verursacher zurück. Der Verbraucher hat schon jetzt das Problem, dass Lebensmittel nicht immer einwandfrei bzw. nicht so gesund sind wie vorgegeben, da sie belastet sind. Die Herstellung, besonders von tierlichen Produkten, nicht mit seinem ethischen Verständnis übereinstimmt. Doch da verschließt er die Augen, baut auf Gewohnheit und traut lieber den Wohlfühlbildern der Werbung und glaubt Studien, die selber von der Industrie gefertigt bzw. in Auftrag gegeben wurden. Einfach des Gewissens wegen, weil sonst der Genuss beeinträchtigt wird.

Im Grunde ist der Verbraucher schuld. Der Handel und die Industrie sind nur Handlanger. Der Verbraucher ist in der Lage, er kann wählen,



wenn er denn dieses wirklich möchte und sich nicht nur hinter Ausreden versteckt. Er sucht sich seine Produkte aus, er bestimmt, was er haben möchte. Findet er nicht das passende, dann kann er statt einem Kompromiss auch den Konsum verweigern. Der Verbraucher muss endlich erwachsen werden und sich davon lösen, was ihm vorgelebt wurde und wie er konditioniert wurde. Vor fünfundzwanzig Jahren war die Welt noch ein wenig anders als heute. Wir haben einen anderen tatsächlichen Bedarf als viele annehmen, da sie nicht hinterfragen. Ein jeder hat einen Verstand, kann für sich selber ausmachen, was er möchte, was er braucht, was aber es auch für Folgen haben kann bzw. sich überlegen, wie es hergestellt wurde und ob er dazu stehen kann.

„Der Verbraucher hat, wenn man es realistisch betrachtet, mehr Macht als jeder Handel oder Dienstleister, mehr Macht als jede Industrie, mehr Macht als jeder Politiker“, Andrea Dörner, Bundesarbeitskreises Gesundheit und Soziales der Partei Mensch Umwelt Tierschutz.

„Nur ein kleiner Prozentsatz, der sich stetig steigert, hat nachgedacht und handhabt es anders und lebt vegan und hinterfragt. Nehmt das Zepter in die Hand und spielt eure Macht als

Verbraucher einmal aus und bestimmt eure und unsere gemeinsame Zukunft mit einer Umwelt, wie ihr sie mögt, mit Tieren und Menschen, die nicht ausgebeutet werden. – Ihr als Verbraucher habt die Macht. Nutzt sie“. Lebensmittelläden beginnen umzudenken und setzen auf Shop-in-Shop-Angebote im bio-veganen Bereich, Wurstanbieter stellen eine zweite Linie auf und bringen vegetarische Wurst raus, Fleischproduzenten denken über Fleisch aus der Petrischale nach. Ein neuer Markt wird schon zum Teil bedient, da der Markt Einbußen und Veränderungen zeigt. Das ist die Macht der Verbraucher.

Auch das Tierwohllabel zeigt wie weit die Fleischindustrie um ihre Umsätze bangt und in Zusammenarbeit mit der Politik eine hohle Aktion präsentiert, die mehr vorgibt als es ist... wenn auch die Richtung stimmt.

Das alles zeigt sehr wohl, der Verbraucher hat auch hier schon gesteuert und bestimmt weiter. Die Politik betreibt seit Jahren nur Augenwischerei, denkt nur in Legislaturperioden, möchte der Wirtschaft nicht schaden und dem Verbraucher dagegen Aktionismus suggerieren, folglich passiert nicht viel.

Vorsicht vor rechten „Tierschützern“!

Von Rumbu11 - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=74510973>

Der Bundesvorstand der Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Tierschutzpartei – distanziert sich ausdrücklich von Menschen, die sich als Tierschützer ausgeben und zugleich menschenverachtenden Ideologien anhängen. Diese sind zwar eine sehr kleine Minderheit, aber ihre Ansichten und Aussagen schaden der Tierrechts- und veganen Bewegung enorm. Die Tierausbeutungsindustrie – obwohl selbst zumeist Unterstützer konservativer bis rechtsnationaler Politik – nutzt solche Ereignisse, um die Mehrheit der Tierrechtler und Veganer zu diskreditieren, da sie wissen, dass man Menschen und Ideen die gesellschaftliche Unterstützung entziehen kann, wenn man etwas als menschenfeindlich brandmarkt.

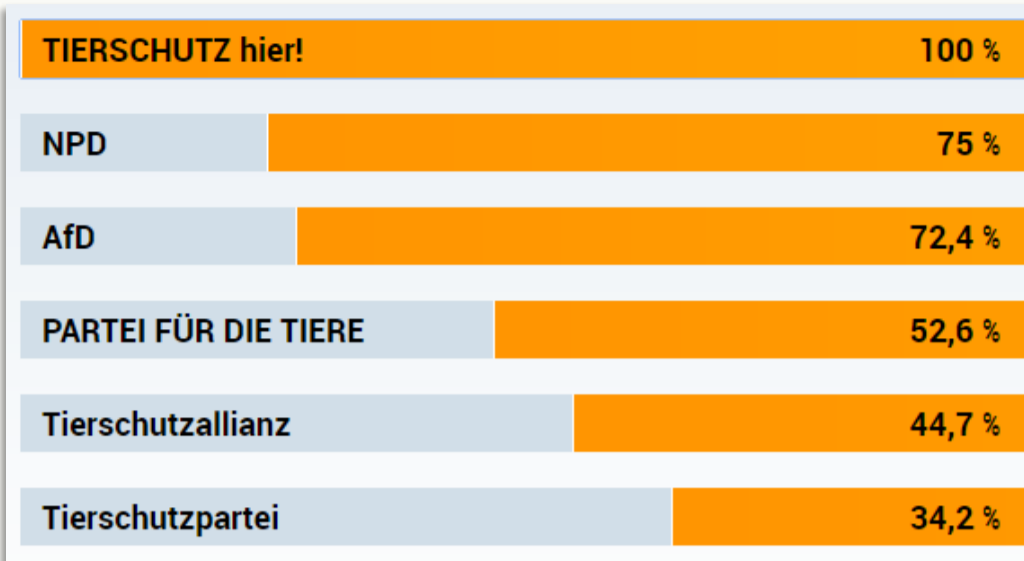
So soll das gute und notwendige Ziel der Reduzierung von Qualen, Leiden und Risiken als radikal und den Menschenrechten entgegengesetzt dargestellt werden. Dies ist die einzige Chance, die industrielle und private Tierquälerei noch haben in den momentanen Zeiten, in denen bekanntlich immer mehr Menschen die Notwendigkeit eines Agrarwandels hin zu mehr Mitgefühl, Nachhaltigkeit und Fairness verstehen.

Ganz explizit warnt die Partei Mensch Umwelt Tierschutz vor einer Gruppierung, deren Mitglieder kurzzeitig in ihren eigenen Reihen mal ihr Unwesen trieb: die „Tierschutzliste“, die sich zur Europawahl 2019 in „Aktion Partei für Tierschutz – Tierschutz hier! – Das Original“

umbenannte. Diese Gruppierung gründete sich 2017 zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen um Thomas Schwarz, Rudolf Görg, Claudia Krüger und Torsten Lemmer. Schwarz, Görg und Krüger waren Tierschutzpartei-Mitglieder, verließen aber wegen ihrer Zusammenarbeit mit Lemmer als Geschäftsführer ihrer Fraktion im Düsseldorfer Stadtrat die Tierschutzpartei.

Denn es gab einen einstimmig gefassten Beschluss des Bundesvorstands der Tierschutzpartei, jegliche Zusammenarbeit mit Lemmer auf allen Ebenen und auf jede Weise zu beenden, womit Claudia Krüger und ihre engen Mitstreiter in Düsseldorf und Umgebung nicht einverstanden waren. Sie sammelten daraufhin heimlich Unterstützungsunterschriften zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 für ihre eigene Liste statt wie behauptet für die Tierschutzpartei und waren durch diese Machenschaft mit ihrer „Tierschutzliste“ auf dem Stimmzettel, die Tierschutzpartei hingegen nicht. Kandidierende dieser Liste waren ausgerechnet die Zirkusbetreiber Traber, also Tierquälerei!

Seitdem traten sie zu keiner weiteren Wahl an und betrieben auch kaum Öffentlichkeitsarbeit oder sonstige parteitypischen Aktivitäten – bis zur Europawahl 2019. Die Wahl-O-Mat-Antworten der „Aktion Partei für Tierschutz – Tierschutz hier! – Das Original“, wie diese Liste seitdem heißt, offenbaren eine erschreckende Nähe zu NPD, III. Weg, Die Rechte und AfD.



Die ideologische Nähe von „Tierschutz hier!“ zu den Rechtsextremisten war anfangs sogar noch größer, bevor Claudia Krüger eine Änderung ihrer Wahl-O-Mat-Antworten bei der Bundeszentrale für politische Bildung beantragte; denn ursprünglich waren sie bspw. der Ansicht, dass Aufklärungsprogramme gegen Antisemitismus nicht mehr staatlich gefördert werden sollten.

Der Einfluss des Piratenpartei-Mitglieds Torsten Lemmer, der zwar eigenen Angaben zufolge aus der Neonaziszene (war Teil der neonazistischen Band „Störkraft“) ausgestiegen ist und während seiner Zeit als Düsseldorfer Fraktionsgeschäftsführer noch nicht durch rechte Äußerungen auffiel, prägt diese Truppe offenbar deutlich. Auch Thomas Schwarz fällt zuweilen durch rechte Einstellungen in den sozialen Netzwerken auf. Tierrechtler sind diese Leute übrigens auch nicht, da bspw. Lemmer Hundezüchter ist und das gesamte Umfeld aus Anglern, Karnisten, Zirkusbetreibern und sonstigen Tierausbeutern besteht.

Diese Gruppierung ist nichts weiter als der Versuch, Tierrechte, Veganismus und linksprogressive Tierschützer zu diskreditieren und für ihre eigenen politischen Ziele zu missbrauchen. Was aber sind deren eigentlichen Ziele? 1. Zum Einen wollen sie den Erfolg der etablierten Partei Mensch Umwelt Tierschutz stören. So traten sie zur Europawahl 2019 im Wissen an, dass sie selbst keinerlei Aussicht auf ein Mandat im Europaparlament haben, aber mit der Aussicht, ein zweites Mandat der Partei Mensch Umwelt Tierschutz zu verhindern. Dies gelang ihnen und sie schaden dem politischen Tierschutz in Europa damit massiv! 2. Zugleich werden sie vorhaben, sich vor allem in der

Kommunalpolitik in Düsseldorf und Umgebung festzusetzen, um dort Posten und Einfluss zu gewinnen. Lemmer versuchte bereits, AfD-Mitglied zu werden und wurde sogar dort aber wegen seiner rechtsextremen Vergangenheit abgelehnt.

Das personelle Geflecht um ihn herum näherte sich auch den Freien Wählern, den Piraten und den Grauen Panther an, womöglich auch noch weiteren Parteien.

Lassen wir es als demokratische Gesellschaft nicht zu, dass Rechtsradikale auf dem Ticket und zugleich zulasten des Tierschutzes an Einfluss gewinnen!

Es braucht deutliche Worte gegen diesen entsetzlichen Versuch, die Propagandarbeit der Tierqualindustrie zu fördern! Es braucht eine starke Zivilgesellschaft, die sich klar gegen menschenfeindliche selbsternannte „Tierschützer“ ausspricht!

Der politische Wandel hin zu mehr Mitgefühl, Nachhaltigkeit und Fairness, damit die Stimmlosen eine politische Vertretung bekommen, geht nur mit einer starken Partei Mensch Umwelt Tierschutz, die 1993 gegründete und sich den Menschenrechten, dem Umweltschutz und mit aller Kraft den Tierrechten verpflichtete Tierschutzpartei.





von Dr. Susanne Wittmann

Rückengesundheit

Macht es wie die Katze! Besonders für Menschen, die den ganzen Tag im Büro sitzen, hilft Stretching gegen Muskelverspannungen.

Wer sich nur wenig bewegt, muss mit chronischen Verspannungen rechnen. Rückenschmerzen und eine zunehmend eingeschränkte Beweglichkeit der Wirbelsäule sind oft die Folge. Nicht ohne Grund gehören Rückenschmerzen in unserer Zivilisation zu den häufigsten Gründen für Krankschreibungen.

In Deutschland haben statistisch gesehen 27-40 Prozent der Menschen Rückenschmerzen, d.h. rund jeder Dritte leidet unter Beschwerden. Rückenschmerzen sind nach den Infektionen des Atemtrakts die zweithäufigste Ursache für Arztbesuche. Sie sind Ursache von 15 Prozent aller Arbeitsunfähigkeitstage. Bei den meisten Frührenten (18 Prozent) stellen Wirbelsäulenbeschwerden mehr oder weniger direkt den Anlass zur Berentung dar.

Wenn wir unsere heutige Lebensweise damit vergleichen, wie unsere Vorfahren über Jahrtausende gelebt haben, ist es naheliegend, dass viele von uns beim Orthopäden landen:

Bereits Säuglinge sind in der westlichen Zivilisation steifer als Säuglinge in traditionellen Kulturen, die, am Körper der Mutter getragen, den ganzen Tag berührt und bewegt werden.

Schon ab dem Kindergartenalter, inzwischen teilweise noch früher, werden bei uns Verhaltensweisen gefördert, die dem Bewegungsdrang der Kinder entgegengesetzt sind. Bei der Beurteilung, ob sich die Kinder in der Betreuungseinrichtung gut entwickeln, stehen Fertigkeiten wie Sprechen und Ausmalen im Vordergrund – warum nicht Herumtoben?

Später im Schulalltag schleppen die Kinder einen schweren Schulranzen und sitzen die meiste Zeit am Schreibtisch.

Als Erwachsene verdienen sie zumeist ihr Geld mit Schreibtischtätigkeiten und haben ein schlechtes Gewissen, weil sie keine Zeit für Rückenfit-Kurse haben...

Außer dem Mangel an Bewegung und falscher Belastung der Wirbelsäule spielen übrigens auch psychische Faktoren eine Rolle: Wenn Stress länger anhält, kann die dadurch entstehende erhöhte Muskelanspannung zu Schmerzen führen.

In den Neurowissenschaften ist bekannt, dass außer bei depressiven Erkrankungen besonders bei Angststörungen oft anhaltende Rückenschmerzen auftreten. Professor Dr. Arno Deister von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde: „Auch Angsterkrankungen gehen häufig mit Verspannungen und Verkrampfungen in der Nacken-, Schulter- und Rückenregion einher, da sie unter anderem eine erhöhte muskuläre Anspannung bei Betroffenen verursachen können.“

Nicht selten wird als Reaktion auf Rückenleiden aus Angst vor den Schmerzen Bewegung vermieden. Viele Betroffene neigen dazu, sich zu schonen, wodurch das Problem verstärkt wird: „Bewegungsmangel und eine unnatürliche Schonhaltung führen zu neuen Verspannungen und somit zu neuen Schmerzen. Durch dieses Angst-Vermeidungsverhalten kann ein Teufelskreis entstehen und dazu führen, dass akute Schmerzen chronisch verlaufen“, erklärt Professor Dr. Deister.


Der Tag der Rückengesundheit wurde im Jahr 2002 durch das Forum Schmerz im Deutschen Grünen Kreuz eingeführt. Der BdR e. V. (Bundesverband deutscher Rückenschulen) hat mittlerweile die Schirmherrschaft übernommen und veranstaltet am 15. März jeden Jahres deutschlandweite Veranstaltungen. Mit dem Aktionstag wird zur aktiven Prävention von Rückenbeschwerden aufgerufen.

Der Aktionstag steht jedes Jahr unter einem anderen Motto. 2019 fordert er mit „Stärke deine Muskeln – bleib‘ rückenfit!“ zum gezielten, rückengerechten Krafttraining auf.

Im gesamten Bundesgebiet finden anlässlich des Tages der Rückengesundheit regionale Aktionen zu diesem Thema statt. Dies sind beispielsweise Vorträge, Mitmachaktionen oder Ausstellungen.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz befürwortet die Bestrebungen von Firmen und Behörden, ihren Mitarbeitern Rückengymnastik- und Entspannungskurse anzubieten. Einen weiteren Ausbau dieser Angebote halten wir für sinnvoll.

Zusätzlich regen wir an, den permanenten Leistungsdruck in unserer Gesellschaft zu hinterfragen. Das Streben nach immer mehr Leistung ist maßgeblich an der Entstehung dieser Zivilisationskrankheit beteiligt – sowohl durch den dadurch verursachten Stress als auch durch die wieder zunehmend leistungsorientierte Erziehung.



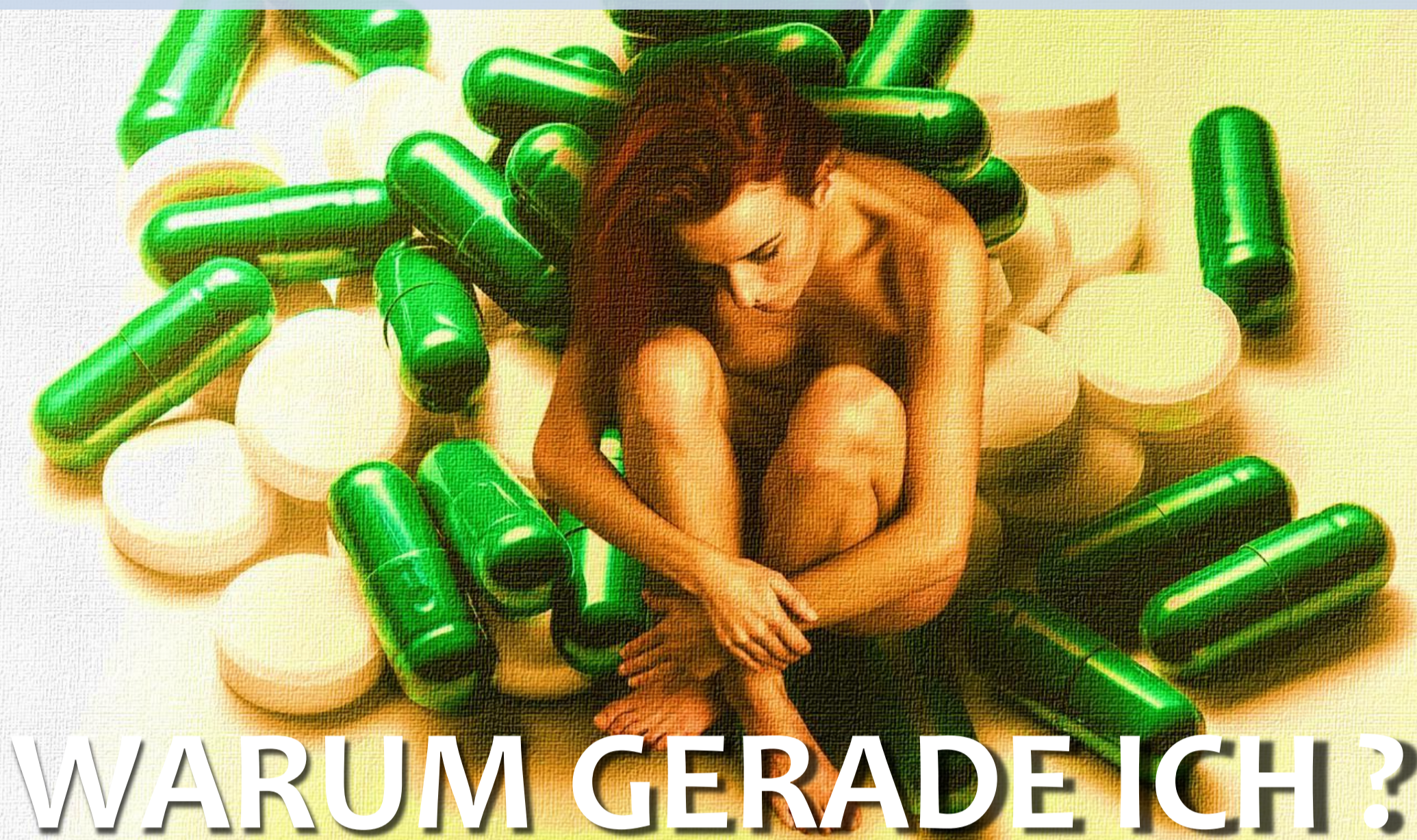
Multiresistente Keime – Deutschland ein Vorbild?

„Von wegen! Die EU verklagt Deutschland gerade in 74 Vertragsverletzungsverfahren, weil sich Deutschland nicht an geltende EU-Vorschriften hält, die unsere Böden und Gewässer vor Gift, Keimen, Medikamenten etc. schützen sollen.“

Erschreckende Testergebnisse: In Bächen, Flüssen und Badeseen wurden multiresistente Keime, auch bekannt als Krankenhauskeime, gefunden. Das sind Keime, gegen die Antibiotika nicht mehr wirken. Und was tut die Politik dagegen? Erstmal: Nichts.“

Den Bericht können Sie sich ansehen unter:

<https://www.fb.com/watch/?v=10154957996470728>



WARUM GERADE ICH ?

In der EU gilt eine Krankheit als selten, wenn nicht mehr als 5 von 10.000 Menschen betroffen sind. Fast alle seltenen Erkrankungen sind unheilbar, viele haben eine verkürzte Lebenszeit zur Folge oder Invalidität.

Bisher wurden sechs- bis siebentausende seltene Krankheiten gefunden, die Zahl steigt stetig.

Zu den bekanntesten gehören fast alle genetischen Störungen, sehr seltene Infektionskrankheiten, seltene Formen von Autoimmunkrankheiten oder seltene Krebserkrankungen. Die Ursachen dieser sind meist unbekannt. Erste Symptome zeigen sich häufig schon nach der Geburt oder in der frühen Kindheit.

Jedoch festigen sich 50 Prozent der seltenen Erkrankungen erst im Erwachsenenalter.

Seltene Erkrankungen gelten oft als unheilbare Erkrankungen

Bisher wurden sechs- bis siebentausende seltene Krankheiten gefunden, die Zahl steigt stetig.

Nur für 100 der gut 8000 seltenen Erkrankungen gibt es eine medikamentöse Therapie.

Da es bei seltenen Krankheiten viele Symptome gibt, die sich ähneln oder unspezifisch sind

dauert es oft 20 Jahre bis eine richtige Diagnose erstellt wird. Dies ist fatal, da dadurch viele Symptome zunehmen und weniger behandelbar werden. Oftmals werden die Patienten als Simulanten dargestellt und der Leidensweg wird größer. Der größte Faktor ist erblich bedingt und sehr oft ist die Lebenserwartung eingeschränkt. Durch rechtzeitige Therapien kann man jedoch an Lebensqualität gewinnen.

Was aber bedeutet es mit der Diagnose zu leben?

In der ersten Phase ist ein stabiles soziales Netzwerk von Freunden und Familienangehörigen extrem wichtig. Auch in Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen werden schwer Kranke oft psychisch aufgefangen und in besonderen Extremsituationen steht einem hoffentlich ein Psychologe oder ein Krisendienst zur Verfügung.

Nicht nur der Patient, sondern auch Angehörige sind mit der Diagnose überfordert. Im letzten Stadium von seltener Erkrankung die tödlich verlaufen sind Hospize die oft einzige Hilfe. Ein Hospiz ist eine unabhängige Pflegeeinrichtung, in der Schwerstkranke mit absehbarem Lebensende bis zu ihrem Tod betreut werden.

Die durchschnittliche Verweildauer in einem Hospiz liegt in der Regel zwischen 2 – 4 Wochen. Diese gibt es auch als ambulante Betreuung. Diese wichtige Hilfe wird von Haupt- und etlichen hauptamtlichen Mitarbeitern liebevoll erledigt. Ziel ist es den Sterbenden und Angehörigen die Lebensqualität zu erhalten und Betroffene aktiv am Leben teilhaben zu lassen.

Zudem setzt sich die Hospizbewegung für die Vernetzung von Betreuung, Pflege und medizinische Versorgung ein und für die Entlastung und Begleitung der Angehörigen. Auch nach dem Tod spendet die Hospizbewegung Hilfe und Unterstützung.

Die Wünsche von Sterbenden seltener oder unheilbarer Erkrankten sehen wie folgt aus:

- 66 Prozent der Deutschen wünschen sich Zuhause zu sterben, es sterben aber nur 20 Prozent dort.
- 18 Prozent der Deutschen wünschen sich in einem Hospiz/auf einer Palliativstation zu sterben, es sterben nur 3 Prozent dort.
- 3 Prozent der Deutschen wünschen sich in einem Krankenhaus zu sterben, es sterben 50 Prozent dort!
- 1 Prozent der Deutschen wünscht sich in einem Pflegeheim zu sterben, es sterben 25 Prozent dort.
- 12 Prozent der Deutschen machen keine Angaben, es sterben 2 Prozent an anderen als den genannten Orten.
- Hospizhilfe erhalten weltweit nur 10 Prozent der Menschen, die ihrer bedürfen, obwohl hospizliche und palliative Versorgung ein Menschenrecht ist.

Die Forderung der deutschen Stiftung Patientenschutz lautet deshalb:

1. In stationären Hospizen muss es möglich werden, eigene Ärzte anzustellen, um die nötige medizinische Versorgung aus einer Hand zu gewährleisten.
2. Trotz Rechtsanspruchs auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung gibt es bei weitem nicht genügend Anbieter. Das Angebot muss bedarfs- und flächendeckend werden. Als zweite Hilfe für unheilbare Schwerkranke gibt es die Palliativstation in oder an einem Krankenhaus. Dort findet die Betreuung und

Behandlung Schwerstkranker statt. Das Ziel dieser ist die Beschwerden zu lindern und den Gesundheitszustand so zu verbessern das der Patient wieder entlassen werden kann.

Dieser Aufenthalt beträgt durchschnittlich 10 Tage und die Kosten werden komplett durch die Krankenkassen und den üblichen Eigenanteil gedeckt. Widmet man sich dem Thema „unheilbar krank“ so kommt niemand drum herum sich auch mit dem Thema „Sterbehilfe“ zu befassen. Schwer kranke Menschen haben nach dem Grundgesetz in Extremfällen das Recht zu entscheiden, wie und wann sie aus dem Leben scheiden wollen. Medikamente zur Selbsttötung zu verschreiben lehnen Ärzte jedoch ab. Aus diesem Grund muss eine gesetzliche Neuregelung her.

Die Bundesärztekammer lehnt dies jedoch ab da Ärzte zwar Hilfe beim Sterben leisten, aber nicht zum Sterben. 2017 entschied das Bundesverwaltungsgericht das es für Sterbewillige in Extremfällen einen Zugang zu einer tödlichen Dosis Betäubungsmittel geben könne, denn jeder Mensch hätte ja nach dem Grundgesetz das Recht zu entscheiden, wie und wann sie aus dem Leben scheiden. Jedoch wies das Bundesgesundheitsministerium an, dass das Bundesinstitut für Arzneimittel entsprechende Anträge von Bürgern abzulehnen.

Dabei gingen bis 2018 dort 104 Anträge ein. Eine Partei forderte im Bundestag eine gesetzliche Klarstellung das für schwer und unheilbare erkrankte in extremer Notlage der Erwerb eines Betäubungsmittel für eine Selbsttötung ermöglicht werden solle. Es wird darauf hingewiesen das einige ansonsten Sterbehilfe im Ausland suchen.

Der Tag der seltenen Erkrankungen soll mehr Aufmerksamkeit verschaffen, denn insgesamt geht es um Millionen Menschen. Dennoch scheinen auf den ersten Blick nur wenige Menschen betroffen. Wenn seltene Erkrankungen verstanden werden, hilft es Medikamente gegen Volksleiden zu entwickeln. Aus diesem Grund wird die Forschung stärker gefördert als noch vor wenigen Jahren. Von der EU und auch dem Gesundheits- und Forschungsministerium in Berlin. Selbst Pharmafirmen zeigen Engagement, da sie eine Verdienstchance sehen.

Das Bewusstsein für das Leid der Kinder die an seltenen Erkrankungen leiden ist weniger auf Mitleid hinzuführen, sondern vielmehr auf Forschungsergebnisse. Die größte Anzahl bezieht sich auf genetische Fehler und diese helfen wiederum herauszufinden, wie ein Prozess im Gehirn von Gesunden abläuft. Einzelne Gene können gezielt ausgeschaltet werden – zumindest wird daran geforscht. Auch Medikamente die nur wenige Patienten benötigen sind ein Millionenverdienst. Weltweit steigt das Interesse seltene Erkrankungen zu erforschen, auch um neue Mittel gegen häufige Erkrankungen dadurch zu entdecken.

Eine weitere und neue Technologie zur Bewältigung von seltenen Erkrankungen ist die Nanotechnologie, die zur Humanmedizin gehört. Es gibt mittlerweile vielversprechende Ergebnisse. Die Hoffnung das Leiden wie Krebs besser diagnostiziert werden kann und durch gezieltere Abgabe von Medikamenten, in die betroffene Zellen besser heilen kann. Nanotechnologie befasst sich mit den Kleinsten. Methoden im kleinen Maßstab sowie Konstruktionen von Objekten und neuen Materialien. Nanomaterial als Träger von Medikamenten können diese ganz gezielt an die gewünschte Stelle im Körper bringen und bewusst in die Zellen bringen wo sie gezielt wirken.

Krebs kann man dadurch zum Beispiel viel gezielter bekämpfen. Die Behandlung von

Nanomedizin wird allerdings erst dann von den Krankenkassen übernommen wenn – wie bei jeder neuen Therapie – bewiesen wird das sie wirkt. Aber die Mediziner sind zuversichtlich das dies so kommt.

Fazit: Es muss noch Einiges getan werden um das Leben von Schwerkranken, was ja seltene Erkrankungen mit einbezieht, erträglicher zu machen.

Die schwierige finanzielle Situation von Schwerkranken muss überdacht werden, denn zu den Kosten für Medikamente und Hilfsmittel kommt häufig noch die Arbeitslosigkeit und damit der finanzielle Absturz.

In der Hospizarbeit müssen wir bedenken das ohne den Einsatz von Ehrenamtlichen nichts läuft. Auch dort muss überdacht werden wie mehr Anreize geschaffen werden können, um diese zu halten und aufzustocken.

Definitiv benötigen wir mehr Hospize, die die Wünsche der Schwerkranken berücksichtigen können. Zum Thema Sterbehilfe verbunden mit dem Gedanken: „Schwer kranke Menschen haben nach dem Grundgesetz in Extremfällen das Recht zu entscheiden, wie und wann sie aus dem Leben scheiden wollen“ müssen wir sensibel umgehen und eine Lösung finden, die für alle akzeptabel ist.

Letztendlich bleibt nur eins zu wünschen: „Bitte bleiben sie gesund“!



Tag des Blindenhundes

Am 29. Januar machten wir aufmerksam auf die beachtliche Leistung von Blindenhunden! Sie geben den sehbehinderten Menschen ein Stückchen Augenlicht zurück und sorgen für ihre Sicherheit.

Dass Hunde treue Wegbegleiter an der Seite eines Menschen sind, wissen wir alle. Sie schenken emotionale Wärme, Verbundenheit und Freude und kommen damit einem vollwertigen Familienmitglied gleich. Manchen Menschen geben die speziell ausgebildeten Blindenhunde sogar Mobilität und somit Lebensqualität zurück! Eine nicht zu unterschätzende Hilfe im Alltagsleben!

Bereits am 29. Januar 1929 wurde in den USA die weltweit erste Schule für Blindenhunde gegründet – ein Meilenstein in Bezug auf den Nachteilsausgleich von Handicaps. Ein guter Grund, die zuverlässige und so wichtige Arbeit der Blindenhunde zu würdigen!

Wir fordern die Anerkennung von ME/CFS als schwere, körperliche Erkrankung – Menschen mit dieser Erkrankung haben keine Lobby



Die Myalgische Enzephalomyelitis / das Chronic Fatigue Syndrome (ME/CFS) ist eine schwere neuro-immunologische Erkrankung, die oft zu einem hohen Grad der körperlichen Behinderung führt.

Jeder von uns hatte schon mal eine Grippe oder zumindest einen grippalen Infekt. Nun stell dir vor, die Symptome halten über Wochen an. Werden eher schlimmer als besser.

Irgendwann schleppst du dich damit, mal wieder, zum Arzt und dieser gibt ein Blutbild in Auftrag. Wenn es dann vorliegt, erklärt er dir, dass alle deine Blutwerte eigentlich in Ordnung sind. Dass du dich einfach nur mehr bewegen und gesünder ernähren musst. Dann würde die Erkältung schon wieder verschwinden. Doch was, wenn sie nicht verschwindet? Sicher würdest du dann irgendwann einen weiteren Arzt aufsuchen.

Eventuell ja sogar einen Facharzt. Doch was, wenn dieser nächste Arzt dir dann erklärt, dass du eigentlich ja gar keine Erkältung, keinen Infekt und erst recht keine Grippe hast? Dass du dringend ganz einfach nur an deiner Einstellung arbeiten müsstest?

Und wenn das, was du glaubst zu spüren, anhalten sollte, ein Besuch bei einem Psychologen dringend angeraten wäre.

Klingt unglaublich? Dann frag doch mal jemanden, der von ME/CFS betroffen ist. Denn

so ungefähr geht es diesen Menschen. Nur waren sie meist nicht bei einem oder zwei Ärzten. Auch nicht bei fünf oder sechs.

Menschen mit ME/CFS haben ganze Odysseen hinter sich und meist selbst nach Jahren noch keinen Arzt gefunden, der sie ernst nimmt oder ihnen helfen kann. Denn einen Arzt zu finden, der sich mit ME/CFS auskennt, ist fast unmöglich.

Zum einen, weil die meisten Ärzte von dieser Erkrankung noch nie gehört haben: Obwohl ME/CFS von der WHO zwar bereits seit 1969 unter dem Namen Myalgische Enzephalomyelitis als organisch-neurologische Erkrankung geführt wird und im derzeit gültigen ICD-10 Schlüssel unter G93.3 klassifiziert ist, wird sie im Medizinstudium nicht mal erwähnt.

Zum anderen, weil Menschen mit ME/CFS keine Lobby haben. Das wollen wir ändern! Denn wir, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, setzen uns auch für Menschen mit ME/CFS ein.

Wie für alle Menschen mit Benachteiligungen, denen in unserem System, oftmals zusätzlich zu ihrem Handicap, auch noch teils unmenschliche Behandlungen durch öffentliche Stellen zuteil werden.

Wir stehen für einen menschenwürdigen Umgang mit allen Erkrankten und fordern deshalb unverzüglich:

Weiterführende Informationen zu ME/CFS:
<https://www.mecfs.de/>
<https://www.lost-voices-stiftung.org/>
<https://www.millionsmissing.de/>



1. die Diagnose G93.3, wie von der WHO angegeben, als neuroimmunologische Erkrankung anzuerkennen und Betroffene respektvoll zu behandeln. Ihnen jedwede mögliche Unterstützung zukommen zu lassen, 2. eine adäquate medizinische und soziale Versorgung aller Betroffenen, 3. ausreichend finanzielle Mittel um – tierversuchsfrei – forschen und den Betroffenen in absehbarer Zeit helfen zu können, 4. die Aufnahme der Erkrankung ins Medizinstudium, 5. eine Beschleunigung der Rentenverfahren, 6. Übernahme der durch die Krankheit entstehenden Kosten auch durch gesetzliche Krankenkassen, sowie 7. den Ausbau von kompetenten Anlaufstellen im ganzen Land.

Bereits seit Jahren versuchen an ME/CFS Erkrankte und ihre Angehörigen, zuständige Ministerien und Politiker auf ihre medizinische und soziale Notlage aufmerksam zu machen. Doch trotz hunderter Schreiben und einiger persönlicher Gespräche hat sich bis heute nichts getan. Auch aus dem Bundesministerium für Gesundheit war bislang weder eine Stellungnahme noch ein Hilfs- oder Unterstützungsangebot zu erhalten. Dafür allerdings vor wenigen Tagen ein Kommentar via sozialer Medien, der sehr stutzen ließ.

So war auf Facebook unter einem Posting der Kommentar eines Betroffenen, „warum die

Erkrankung und die von ihr Betroffenen so konsequent ignoriert würden“, von einem Mitarbeiter des Ministeriums mit der Gegenfrage, „was man denn bei diesem Thema ignorieren würde“, beantwortet worden.

„Durch diese Frage des Mitarbeiters müssen wir davon ausgehen, dass alle Versuche der Betroffenen und ihrer Angehörigen bislang wohl im Ministerium für Gesundheit überhaupt noch nicht wahrgenommen wurden“, so Sandra Scherzer aus dem Bundesarbeitskreis Gesundheit und Soziales der Partei Mensch Umwelt Tierschutz, kurz Tierschutzpartei.

Als Partei, die sich auch für Menschen in Notlagen einsetzt und der das Thema ME/CFS wegen seiner Dringlichkeit sehr wichtig ist, sahen wir uns nun dazu genötigt, Herrn Minister Spahn einen offenen Brief zukommen zu lassen. Wir unterstützen hier um den notleidenden Menschen eine dringend notwendige weitere Stimme zu geben, Herrn Spahn über die Erkrankung und ihre Auswirkungen zu informieren sowie ihn eindringlich auf seinen Aufgabenbereich hinzuweisen – ist er als Minister für Gesundheit doch dafür zuständig, die Interessen aller Patienten in Deutschland zu vertreten und diese zu stärken; dazu zählen selbstverständlich auch die Interessen von ME/CFS Betroffenen.

Armut

Lohn- gerechtigkeit?

Als vor einigen Tagen bekannt wurde, dass der scheidende Daimler-Chef Dieter Zetsche ein Ruhegehalt von mindestens 1,05 Mio. Euro erhalten wird (4000 Euro am Tag), war die Empörung wieder einmal groß. Dabei hat schon im vergangenen Jahr eine Studie nachgewiesen, dass die Spitzengehälter rasant steigen, während Durchschnittseinkommen stagnieren. Von den Renten spricht man besser gar nicht (875,68 EUR im Jahr 2017). Deutschland driftet immer schneller auseinander. Diese Spaltung verändert das soziale Klima und gefährdet unsere Gesellschaft. Und daran ist nicht eventuell unterstellter Sozialneid der Normalbürger schuld.

Wie Reichtum Menschen verändert, konnten Forscher eindrücklich anhand eines Monopoly-Spiels untersuchen. Für den Test wurde ein zufällig ausgewählter Spieler privilegiert: Er bekam zweimal so viel Startgeld, zwei Würfel und beim Überschreiten von Los das doppelte „Gehalt“. Die beiden Spieler starteten das Spiel meist etwas reserviert, aber wurden sich bald ihrer unterschiedlichen Positionen bewusst und passten sich an.

Das Verhalten der „Privilegierten“ hob sich sichtbar ab von dem ihrer „armen“ Mitspieler. Sie zogen ihre Spielfigur laut über das Spielfeld, veränderten ihre Körpersprache und zeigten deutliche Ausdrucksformen von Dominanz. Auf den ersten Blick trivial: Sie bedienten sich häufiger aus einer der beiden zugänglichen Schüssel mit Snack-Brezeln. Und im Verlauf des Spiels, das sie immer reicher und reicher machte, wurde ihr Umgangston zunehmend ruppiger. Sie fühlten ihre Macht und zeigten kaum mehr Empathie für den „armen“ Spieler. Befragt nach ihrer Meinung, warum sie das Spiel gewonnen hatten, erklärten die privilegierten Spieler ihren

Erfolg oft mit ihrer Strategie und dem Kauf verschiedener Grundstücke. Dass sich ihre Situation von Anfang an und auch im Spielverlauf grundlegend von der des anderen Spielers unterschied, schien ihnen dagegen weniger bedeutend.

Diese Metapher lässt sich auf unsere Gesellschaft und ihre Hierarchie übertragen. Wer Erfolg hat, einen hohen Status besitzt, reich und vermögend ist, der schreibt sich diese Tatsache seinem eigenen Engagement, seinem Geschick, seiner Intelligenz und seiner harten Arbeit zu. Und auch Außenstehende sehen das meist so: Er wird es sich schon irgendwie verdient haben. Es wird beinahe so etwas wie ein Recht auf Reichtum abgeleitet. Was meist keine Beachtung mehr findet, sind die unterschiedlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, in denen wir agieren. Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass Mitgefühl und Empathie stark abnehmen. Das Eigeninteresse nimmt überhand und damit auch die Bereitschaft, amoralisch zu handeln und Regeln zu brechen.

Die wachsende soziale Ungerechtigkeit zeigt zahlreiche negative Auswirkungen auf die wichtigsten Gebiete, die eine Gesellschaft zusammenhalten: soziale Mobilität, Wirtschaftswachstum, Gemeinschaft, Vertrauen, Bildung, Gesundheit und Lebenserwartung. Wir müssen uns wieder auf die Bedeutung von Kooperation, Gemeinschaft und Mitgefühl besinnen. Wo der ungezügelte Markt offensichtlich versagt, hat die Politik dafür zu sorgen, dass Gerechtigkeit einkehrt. Verhältnismäßige Gehälter in Deutschland wären ein Anfang – sowohl ganz oben als auch ganz unten.



Neuer Fleischskandal: kranke Rinder brutal geschlachtet

In der Fleischindustrie reiht sich ein Skandal an den nächsten. Dank der heimlich gemachten Aufnahmen in einem polnischen Schlachthof erfuhr die Öffentlichkeit vor wenigen Tagen von ungeheuerlichen Vorgängen.

Ein in Polen in Ausschnitten ausgestrahltes Video zeigt, wie offensichtlich kranke, auf dem Boden liegende Rinder nachts in eine Schlachtereie geschleift werden. In dem Betrieb werden die Tiere dann getötet und zerteilt. Ihr Fleisch muss von Tumoren, Abszessen und Druckstellen befreit werden. Am nächsten Morgen zeichnet ein Veterinär einfach alle Papiere ab und die frisch verpackte Ware geht als unbedenklich klassifiziert in den regulären Versand an Supermärkte.

In diesem einen Schlachthof wurden in drei Wochen insgesamt 28 Kühe in nächtlichen Sonderschichten heimlich „verarbeitet“. Das ist kein Einzelfall, sondern ein Geschäftsmodell. In Polen gibt es schätzungsweise 300 Händler, die

kranke Tiere zur Schlachtung vermitteln. Damit sparen die Bauern die Entsorgungskosten, während die Schlachtbetriebe billig Extrafleisch einkaufen können. Korrupte Tierärzte schauen weg und halten die Hand auf.

Erschütternd ist im aktuellen Fall wieder die Brutalität, mit der gegen die wehrlosen, unter Medikamenteneinfluss stehenden Tiere vorgegangen wird. Erneut wird außerdem das enorme Risiko klar, dem der Verbraucher durch die Profitgier der Konzerne ausgeliefert ist. Krankes Fleisch lässt sich von gesundem praktisch nicht unterscheiden.

Martin Buschmann, Spitzenkandidat der Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) zur Europawahl 2019, ist alarmiert: „Da Polen 80 Prozent des dort produzierten Rindfleisches exportiert, stehen wir möglicherweise vor einem Skandal mit europaweiter Tragweite. Die EU täte gut daran, eine Sicherheitswarnung auszugeben und scharfe Kontrollen durchzusetzen.“



Sabine-Brigitte Pankau

VEGAN

... und keiner merkt's

Interview

Wie bist du zu Tierrechten, Veganismus und schließlich zur Partei gelangt?

Zum Veganismus und zu den Tierrechten bin ich über meinen Kater Molly gekommen, den wir 2001 auf Madeira gefunden haben. Ich hatte mir vorher nie Gedanken über Tierrechte oder Veganismus gemacht, aber durch Molly kam ich drauf, dass ich nicht ein Tier so lieben und ein anderes aufessen kann. Als ich dann zufällig 2006 an einem Plakat der Tierschutzpartei vorbei kam, war die Sache klar. Ich kontaktierte Margret Giese und machte einfach mit...

Wie hast du die Zeit erlebt, als du Mitglied im niedersächsischen Landesvorstand und im Bundesvorstand warst?

Zu Beginn fand ich alles sehr aufregend und hatte das Gefühl, beim „großen Aufbruch“ dabei zu sein. Wir hatten damals tolle Leute mit vielen Ideen dabei, es gab neue Werbespots, neue Plakate, wir hatten angefangen, die Satzung und das Parteiprogramm zu erneuern. Fast jedes Wochenende waren Sitzungen angesetzt. Auch waren wir durch die Wahl in die Parteienfinanzierung gelangt. Beim Programm und bei

der Satzung kam es zu Verzögerungen durch meiner Meinung nach „Korinthen-Kackerei“. Das hat mich damals schon etwas demoralisiert, das muss ich zugeben. Es ist aber auch so, dass ich, obwohl ich wie ein Wasserfall rede, eher die „Macherin“ als die „lange-diskutieren-Frau“ bin. Ich hatte ja schon 2009 mit Gleichgesinnten den Verein Tier-Time e.V. gegründet, mit dem wir vegane Großevents wie das „save-life-festival“, den veganen Weihnachtsmarkt oder das „vegan-life-festival“ und den Tierrechtslauf veranstalten. Im Verein waren wir zum Glück alle eher Macher als Quatscher.

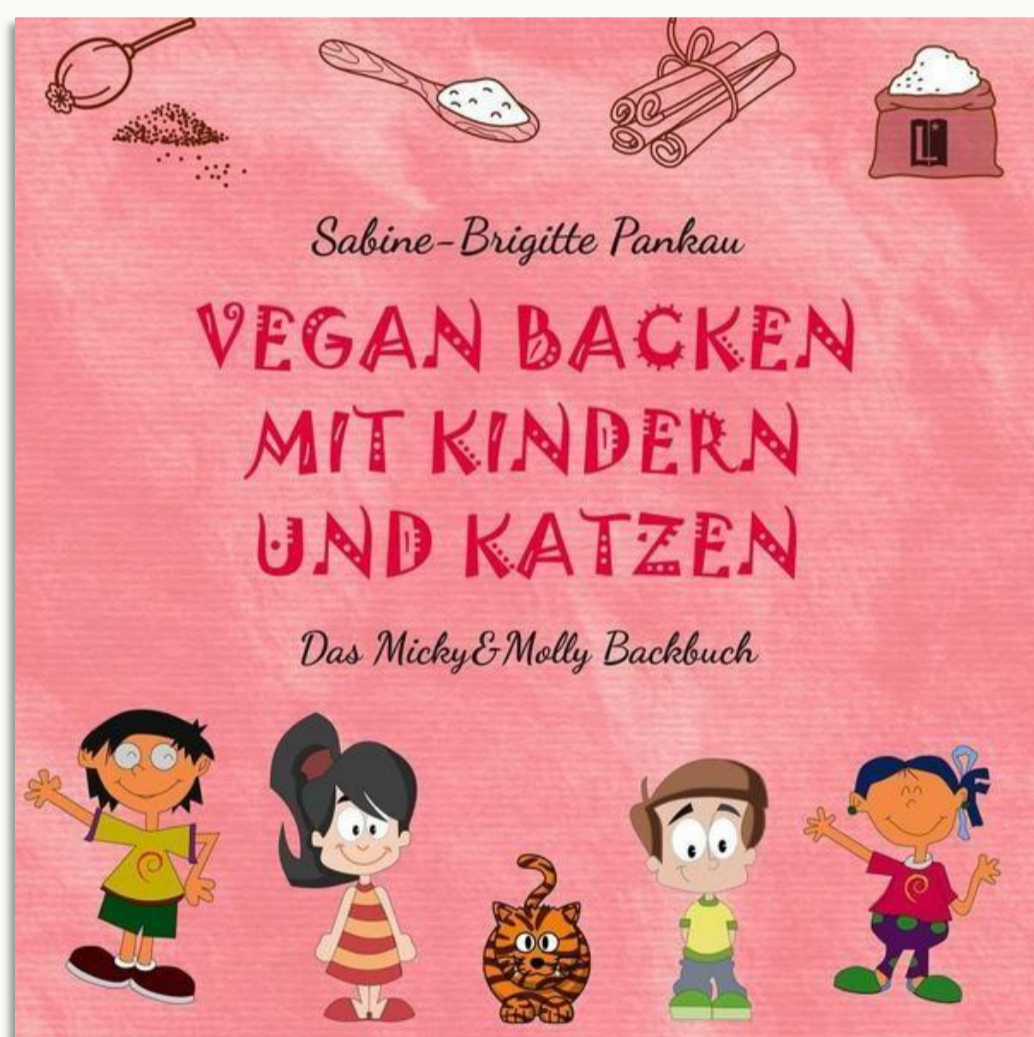
Was motivierte dich, dein Café „Micky & Molly“ zu eröffnen?

Wir hatten uns 2005 ein größeres Gebäude gekauft und die Räumlichkeiten boten sich an. Und da ich immer schon gern gebacken habe und die vegane Idee voranbringen wollte, haben wir es einfach gemacht. In Braunschweig gab es ja nichts, wo man etwas Veganes essen konnte. So haben wir mit Vereinsmitgliedern und anderen Helfern daran gemacht, Möbel zu schrauben und Kuchen zu backen. Die grundsätzlichen Ausbauten wurden von Firmen gemacht. Zum Glück war es nicht so, dass wir mit dem Café unseren Lebensunterhalt bestreiten mussten. Wir machten das seit Anbeginn aus rein ideellen und ethischen Gründen. Ansonsten wäre es oft schwierig. Viele, die sowas beginnen, glauben, sie nähmen 10.000 € in die Hand und alles läuft.

Du betreibst zusätzlich einen Einkaufsladen namens „Planet vegan“. Da drängt sich der Vergleich mit Kim Wonderland auf....

bitte umblättern

Wir haben dann fast zeitgleich den veganen Shop „Planet vegan“ eröffnet, der die perfekte Ergänzung schien. Für unser Cafe ist das praktisch und wir selber konnten auch gleich bei uns selbst einkaufen und keinen unvegane Laden mehr betreten. Leider ist es den meisten Leuten egal, ob sie unvegane Läden unterstützen und so lief der Laden zwar ok, aber nicht mehr. Hier half uns natürlich wieder, dass wir nicht unser Geld damit verdienen müssen, sondern nur die vegane Idee verbreiten wollen. Das sehe ich als meine wichtigste Aufgabe an: Die vegane Idee und die Tierrechte zu verbreiten.



Vegane Unternehmen haben es bekanntlich fast immer schwer, sich wirtschaftlich und finanziell über Wasser zu halten. Worin bestehen deiner Meinung nach die Herausforderungen konkret und was würdest du Betreibern veganer Unternehmen mit auf den Weg geben?

Tipps für willige Geschäftsleute: unterschätzt nicht den finanziellen Aufwand und überschätzt nicht die vegane Szene.

Dein Vater stammte aus der Türkei, deine Mutter ist Deutsche. Erklärt das deine Abenteuer- und Reiselust?

Das hat mir natürlich viele Einblicke in zwei recht unterschiedliche Kulturen gegeben. Natürlich auch durch meine soziale Arbeit in Jugendzentren mit vielen ausländischen Jugendlichen und meine Arbeit mit lernschwachen Kindern. Von Beruf bin ich ja „eigentlich“ Diplom-Pädagogin. Ich reise ja auch unwahrscheinlich gern und bin die Hälfte des Jahres unterwegs. Ich glaube, man kann durch nichts mehr lernen als durch Reisen. Gerade bei vielen politischen Diskussionen merkt man, dass viele Leute sich kaum vorstellen können, wie in anderen Ländern gelebt wird und alles glauben, was ihnen im TV präsentiert wird.

Du hast inzwischen je ein Back- und ein Kochbuch herausgebracht. Planst du die Veröffentlichung weiterer Bücher?

Ich habe ein Kochbuch herausgebracht „Vegan und keiner merkt's“ und ein Backbuch „Vegan backen mit Kindern und Katzen“. Beide Bücher sind mit ganz einfachen Rezepten gefüllt, die teilweise auch auf meinem Youtube-Channel laufen. Für die Zukunft habe ich noch ein paar weitere Ideen in petto. Seid gespannt!

Möchtest du sonst noch etwas loswerden?

Ja, es gibt was, das mir SEHR am Herzen liegt: gerade im Bereich Tierrecht/Veganismus gibt es viele Querelen und Streitereien, die uns blockieren und der Sache der Tierrechte abträglich ist.

Ich habe dazu auch schon des öfteren Videos dazu auf Facebook und Instagram gepostet, aber geholfen hat es leider nichts... und der „Feind“, sprich die Fleischindustrie und die Jägerschaft, lacht sich ins Fäustchen. Auch finde ich es kontraproduktiv, dass mittlerweile „jeder“ seine eigene Tierschutzpartei gründen muss...



A close-up photograph of two young children, a girl and a boy, drinking water from a public fountain. The girl on the left is in the foreground, her face partially obscured by a stream of water. The boy on the right is slightly behind her, also drinking. The background is a soft-focus green, suggesting an outdoor setting. The title 'Wasser muss Allgemeingut bleiben' is overlaid in large white letters at the bottom of the image.

Wasser muss Allgemeingut bleiben

Die weltweit zunehmende Knappheit der lebenswichtigen Ressource Wasser ruft Investoren auf den Plan, die den großen Gewinn wittern. Wasser wird das Öl des 21. Jahrhunderts sein, so ihre Hoffnung. Konzerne kaufen daher ganze Landstriche auf, um sich den Zugriff auf Flüsse, Seen, Quellen und unterirdische wasserführende Schichten zu sichern.

Klimawandel, Bevölkerungswachstum und der steigende Verbrauch in der Industrie führen dazu, dass weltweit immer mehr Wasser benötigt wird, aber immer weniger zur Verfügung steht. Schon jetzt wird im Nahen Osten um den Zugang zu Wasser erbittert gestritten. Kriege um Wasser werden immer wahrscheinlicher. Und auch die multinationalen Konzerne mischen nach Kräften mit.

Gegen das Vorgehen der „Wasserbarone“ in den USA, Afrika und Asien wird allerdings mehr und mehr Kritik laut. Exemplarisch lässt sich der Konflikt zwischen Mensch und Konzern im französischen Kurort Vittel beobachten. Der Mineralwasser-Hersteller „Nestlé Waters“ pump dort jährlich 750 Mio. Liter Wasser aus dem Boden, um es in Plastikflaschen abzufüllen und weltweit zu vermarkten. Ein Milliardengeschäft.

Der Grundwasserspiegel in Vittel und Umgebung sinkt währenddessen wegen der übermäßigen Entnahmen jedes Jahr um 30 Zentimeter. Auch hat sich die Wasserqualität verschlechtert. Ausbeutung anstatt nachhaltiger Bewirtschaftung ist die Devise. Die Bürger vor Ort werden bald anstatt über Brunnen durch eine kilometerlange Pipeline mit Trinkwasser versorgt werden – die 20 Mio. Euro für den Bau müssen die Gemeinden selbst aufbringen, was

die Wasserrechnung der Bürger um mindestens die Hälfte verteuern wird.

Martin Buschmann, Spitzenkandidat der Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) zur Europawahl 2019, hat eine klare Position: „Es sollte keinem Unternehmen erlaubt sein, durch sein Wirtschaften die Wasserversorgung vor Ort in irgendeiner Form zu gefährden. Weshalb man Konzerne wie Nestlé gewähren lässt, ist mir absolut unverständlich.“

Steigende Kosten für Verbraucher werden auch durch die zunehmende Privatisierung der Wasserversorgung in Städten und Kommunen befürchtet. Denn private Unternehmen müssen Gewinne erwirtschaften. Da wird dann gerne auch eingespart, was die Qualität des Trinkwassers gefährdet. Abschreckendstes Beispiel ist London. Nach der Privatisierung 1989 nahm die Qualität des Trinkwassers deutlich ab, die Preise stiegen, das Leitungssystem wurde zunehmend marode. Aber auch Berlin hat schlechte Erfahrungen mit der Privatisierung gemacht und seine Wasserbetriebe inzwischen wieder zurückgekauft.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz fordert daher eine grundsätzliche Regelung, die jede Form der Privatisierung der Wasserversorgung ausschließt. Das erfordert eine 180-Grad-Wende der bisherigen Haltung der EU. Anstatt laufend auf mehr Privatisierung zu drängen, muss es besondere Schutzbestimmungen für die Wasserwirtschaft geben. Nur so können wir sicherzustellen, dass sauberes Trinkwasser nicht zur Handelsware verkommt, sondern ein Menschenrecht bleibt.

Den Wohn-Wahnsinn beenden



Die Mietervereine in Deutschland schlagen seit Jahren Alarm. Ungefähr ein Drittel ihres Einkommens müssen die Deutschen inzwischen fürs Wohnen ausgeben. Beim unteren Einkommens-Fünftel der Bundesbürger liegt der Wert sogar bei 39 %. Zum Vergleich: In den 60er Jahren gaben Haushalte 11 % ihres Budgets für die Miete, Strom, Gas und Heizung aus. Noch 2014 waren es etwas weniger als 16 %.

Die explodierenden Wohnkosten belasten vor allem Haushalte mit sowieso schon niedrigen Einkommen, da sie nur zur Miete wohnen können. Ihre Wohnkosten wuchsen von 1993 bis 2013 um über 30 % bei gleichzeitig schrumpfendem Einkommen. Die Wohnkosten des obersten Fünftels der Gesellschaft hingegen sanken um fast 10 %. Denn sie besitzen ihre Immobilien und profitieren von den aktuell niedrigen Zinssätzen.

Grund für die Misere ist der stagnierende und am Bedarf vorbeigehende Wohnungsneubau. Statt der benötigten 400.000 Wohnungen im Jahr werden nicht einmal 300.000 gebaut. Gerade klassische Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern fehlen. Der soziale Wohnungsbau stockt, 2017 wurden 26.231 Wohnungen mit Mietpreisbindung gebaut, benötigt werden aber 80.000 jährlich. Die Zahl der Sozialwohnungen schrumpfte 2017 auf 1,2 Mio. (1990 waren es noch fast 3 Mio.). Es fehlen mindestens 1,9 Mio. bezahlbare Wohnungen in Deutschlands Großstädten.

Offensichtlich versagt unser System. Die Kredite aufnehmenden Investoren bauen lieber teure Wohnungen, um schnell Rendite zu generieren.

Die steigenden Grundstücks- und Immobilienpreise haben auch viele Spekulanten auf den Plan gerufen. Besonders beliebt sind Luxussanierungen, um anschließend die Mieten kräftig zu erhöhen. Sie lassen aber auch Wohnungen und ganze Häuser unsaniert leerstehen, um diese dann nach ein paar Jahren leichter wieder abstoßen zu können. Zu einem deutlich höheren Preis, versteht sich. Auch mit Bauland wird so verfahren, da die Brache auch ohne Hausbau im Wert steigt. Besonders kritisch wird es, wenn Konzerne und Hedgefonds ganze Straßenzüge aufkaufen. Mit fantasievollen Firmenkonstrukten und fadenscheinigen Steuertricks werden beim Land- und Immobilienhandel gezielt Steuern vermieden, was die Preise auf dem Wohnungsmarkt weiter nach oben treibt.

Der deutsche Wohnungsmarkt steckt in einer tiefen Krise. Wir stehen vor einer entscheidenden sozialen Frage mit enormer Sprengkraft. Ökologische Aspekte des Wohnungsbaus bleiben sogar ganz außen vor. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz spricht aus, was offensichtlich ist: der Markt kann es nicht richten. Im Gegenteil, er ist die Ursache des Problems: Wohnungen werden als Anlageobjekt betrachtet, das Profit zu bringen hat. Martin Buschmann fordert daher: „Wohnungsbau muss wieder eine öffentliche Aufgabe werden, damit Wohnen wieder bezahlbar wird. Darauf haben die Bürger ein Recht. Der Spekulation mit Wohnungen muss ein Ende haben“. Anstatt gegen Symptome vorzugehen, muss die Politik die Strukturen ändern.



Wieder ein Tierversuch-Skandal

Am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) sind Tieren Tumorzellen implantiert worden, um die Wirksamkeit einer Virentherapie festzustellen. Die Tiere verendeten nach wochenlangem Leiden qualvoll. Damit soll die Forschung im Bereich der Bekämpfung bösartiger Knochenkrebserkrankungen vorangebracht werden.

Abgesehen von der Frage, ob solche Tierversuche überhaupt ethisch vertretbar oder wissenschaftlich notwendig sind, fallen im Zusammenhang mit diesem Experiment erneut einige Unregelmäßigkeiten ins Auge.

Die Heidelberger Forscher haben den Versuchszeitrahmen überschritten, andere Tumorzellen als geplant verwendet und einige Tiere zu spät eingeschläfert. Besonders empörend aber ist, dass die erforschte Therapie letztendlich keine Wirkung zeigte!

Waren die als „schwerstbelastend“ bezeichneten Tierversuche aufgrund der fehlenden

Genehmigungen illegal? Der Verein „Ärzte gegen Tierversuche“ vertritt diese Ansicht und hat in Zusammenarbeit mit der „Deutschen Juristischen Gesellschaft für Tierschutzrecht“ Strafanzeige gegen Mitarbeiter des DKFZ gestellt. Dort weist man bisher alle Vorwürfe zurück.

Verstöße gegen den Tierschutz gelten in der Forschung immer noch als Kavaliersdelikt, meist droht nur eine Ordnungsstrafe. Nur bei bewiesenem Verstoß gegen das Tierschutzgesetz können Strafen von bis zu drei Jahren Haft verhängt werden. Im vorliegenden Fall ermittelt nun die Staatsanwaltschaft.

„Beinahe die gesamte staatliche Förderung kommt dieser grausigen Forschung mit Tierversuchen zugute, während für tierversuchsfreie Methoden praktisch keine Gelder fließen“, empört sich Martin Buschmann. „Das ist einfach nicht mehr länger hinnehmbar.“



Aufforstung im Kampf gegen den Klimawandel

Etwa ein Drittel der Fläche Deutschlands ist von Wald bedeckt: 114.000 km² mit über 90 Mrd. Bäumen. Und der deutsche Wald wächst. Die Aufforstung und neue Waldflächen bringen viele Vorteile mit sich. Verringerung der Bodenerosion, Erhöhung des Grundwasserspiegels und Wiederherstellung der Biodiversität. Am bedeutendsten ist wohl heutzutage angesichts der drohenden Klimakatastrophe die Fähigkeit des Waldes, CO₂ zu binden und zu speichern. Damit ist Aufforstung eines der Mittel, das im Kampf gegen den Treibhauseffekt eingesetzt werden kann. Eine Buche bindet 12,5 kg CO₂ pro Jahr, eine Fichte sogar 26 kg.

Den Klimawandel nur durch das Pflanzen von Bäumen zu stoppen, wird uns allerdings nicht gelingen. Aber mehr Wald kann selbstverständlich einen wertvollen Beitrag leisten. Würde auf acht Millionen Quadratkilometern Land Aufforstung betrieben, könnte dies den globalen Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts um 0,3 Grad verringern. Dies gelingt aber nur dann, wenn gleichzeitig die rasante Abholzung des Regenwalds gestoppt wird.

Es ist China, das mit gutem Beispiel vorangeht. 2018 wurden dort 84.000 Quadratkilometer neue Wälder angepflanzt. Damit will die Regierung der Wüstenbildung entgegenwirken, die teils extreme Luftverschmutzung

bekämpfen und auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Auch Afrika setzt auf Wiederaufforstung, um dem Klimawandel zu trotzen. Im Süden Nigers stehen heute wieder 280 Mio. Bäume, vierzig Mal mehr als noch vor 30 Jahren. Der neue Wald schützt den Boden vor Erosion, Hitze und Stürmen. Die „AFR100-Initiative“ will bis 2030 sogar eine Million Quadratkilometer Land durch Aufforstung regenerieren.

Auch die deutsche Bundesregierung sollte damit beginnen, vermehrt in Aufforstungsprojekte zu investieren. Im Inland geschieht dies bisher unter dem Dach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) im „Förderbereich 5: Forsten“. Klimaschützer fordern von Deutschland, sich verstärkt weltweit zu engagieren und gezielt Fördergelder zur Verfügung zu stellen. Das ambitionierte Ziel lautet, zwei Milliarden neue Bäume jährlich zu pflanzen.

Auf unserem Planeten ist noch Platz für 1000 Mrd. Bäume. Zahlreiche Organisationen haben sich aufs Bäumepflanzen spezialisiert, hier einige Beispiele: Edenprojects (Madagaskar / Nepal / Haiti), OroVerde e.V. (Südamerika), Plant-for-the-Planet (Entwicklungsländer) und I Plant a Tree (Deutschland). Es kostet zwischen 0,10 und 3 Euro, einen neuen Baum zu pflanzen – packen wir es an!



Glyphosat verbieten!

Das Herbizid Glyphosat gehört zu den gängigsten Unkrautvernichtungsmitteln und wird mehr und mehr auf breiter Front eingesetzt. Alleine in Deutschland werden jedes Jahr rund 5000 Tonnen ausgebracht. Dies bedeutet ein unkalkulierbares Gesundheitsrisiko für Anwohner und Verbraucher.

Knapp die Hälfte aller Menschen trägt schon Spuren des Giftes im Körper, denn so gut wie alles, was wir essen, kam mit Glyphosat in Kontakt. Selbst in Babywindeln und Bier wurde Glyphosat nachgewiesen.

Neueste Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass ein „zwingender Zusammenhang“ zwischen der Nutzung von Glyphosat und der Erkrankung an Lymphgewebekrebs besteht. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit muss ihre Studien zu Glyphosat nun ebenfalls offenlegen.

Frankreich macht es vor, wie der Glyphosat-Ausstieg aussehen könnte. Bisher werden dort jährlich 9000 Tonnen des Giftes auf den Äckern ausgebracht. Damit wird ab 2020 Schluss sein. Bis 2022 will das Land knapp 5 Mrd. Euro in die Modernisierung der Landwirtschaft investieren und dabei einen Ersatz für Glyphosat

durchsetzen. Dabei helfen sollen auch höhere Abgaben auf umweltgefährdende Stoffe. Statt wie bisher 5,70 Euro pro Kilo, müssen französische Bauern nun 9 Euro bezahlen für den Einsatz des Giftes. Und für drei Viertel der glyphosathaltige Produkte in Frankreich wurde ein Antrag auf Verlängerung oder Neuausstellung der Marktzulassung abgelehnt.

In Deutschland hingegen wurde bisher nur Privatleuten der Einsatz von Glyphosat verboten. Auch Städte und Kommunen untersagen meist auf ihren Flächen den Einsatz von Glyphosat. „Die Bundesregierung aus Union und SPD hatte vor, den Einsatz von Glyphosat in Deutschland deutlich einzuschränken und die Anwendung des Giftes so schnell wie möglich zu beenden“, erinnert Martin Buschmann.

„Aber anstatt zu handeln, feilt Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner weiter an ihrer angeblichen Reduktionsstrategie. Das ist nichts als eine Hinhaltetaktik. Wir fordern konkrete Maßnahmen – bis hin zu einem nationalen Glyphosat-Verbot! Auch in Brüssel werden wir dafür sorgen, dass die Zulassung für das Gift nicht noch einmal verlängert wird.“



Skifahren um jeden Preis?

Die Durchschnittstemperatur ist in den vergangenen Jahren in den Alpen doppelt so schnell gestiegen wie im weltweiten Durchschnitt. Und für die bayrischen Alpen ist die Perspektive am schlechtesten. Hier steigt die Temperatur schneller als anderswo.

Fakten zur künstlichen Beschneigung in Ski-gebieten:

Zwischen 2005 und 2011 hat sich in den Alpen die Fläche der mit Kunstschnee bedeckten Pisten verdoppelt. Kunstschnee kostet etwa 3 bis 5 Euro pro Kubikmeter. Im Jahr werden etwa 95 Millionen Kubikliter Wasser für Kunstschnee verbraucht. Das entspricht einem Wasserverbrauch für Schneekanonen auf einer Fläche von 24.000 Hektar von einer Großstadt mit 1,5 Millionen Einwohnern.

Auf einer Skipiste mit künstlicher Beschneigung läuft etwa 35 mal mehr Wasser ab als in einem normalen Bergwald.

Was bedeutet Kunstschnee für die Umwelt?

Austrocknung der Alpengewässer: Wo kommt all dieses Wasser her? In erster Linie aus natürlichen Bergflüssen, -bächen und -seen. Droht das natürliche Wasserkontingent zu verschwinden, werden künstliche Speicherseen angelegt, die einzig und allein der Speisung der Schneekanonen dienen. Diese künstlich angelegten Seen beinhalten oft zu warmes Wasser für die Schneeproduktion, weshalb aufwendige Kühlungsprozesse vorgenommen

werden müssen. In den Alpen haben betroffene natürliche Flüsse nach der jährlichen Skisaison bereits 70 % weniger Wasser als bevor Schneekanonen derartig intensiv in Betrieb genommen wurden.

Das Problem dabei: Bis zu 30 % des verwendeten Wassers verdunstet bei der Produktion von Kunstschnee. Folglich bleibt nur ein Teil dessen überhaupt auf den Pisten liegen. Die niedrigeren Wasserstände in betroffenen Gewässern bleiben auch im Sommer nicht aus, da die Natur einer derartigen Ausbeutung nicht nachkommen kann. Ein niedrigerer Wasserpegel beeinträchtigt die umliegende Flora und Fauna.

Veränderung der Vegetation: Pisten, die künstlich beschneit werden sollen, müssen noch besser planiert und vorbereitet werden, als natürliche Pisten. Diese Plättung und Bearbeitung des Bodens macht es heimischen Pflanzen schwerer, im Bergland Halt zu finden, im Sommer steigt daher das Risiko für Erderosionen und Hochwasser.

Klimaerwärmung: Künstliche Beschneigung, beheizte Lifte und moderne Hotelanlagen – Die Entwicklungen in Wintersportgebieten sind alles andere als nachhaltig. Der überdurchschnittlich hohe Wasser- und Stromverbrauch und der zusätzliche CO²-Ausstoß beschleunigen die Klimaerwärmung zusätzlich. Lange werden die Gletscher in den Alpen diesem kontinuierlichen Temperaturanstieg nicht mehr standhalten.



Ehrgeizige Klimaziele durchsetzen!

Der nun vorliegende Entwurf für das neue Klimaschutzgesetz sieht vor, dass Deutschland seine Treibhausgasemissionen um 95 Prozent gegenüber 1990 zurückfährt. Bisher war noch eine Spanne von 80 bis 95 Prozent erlaubt gewesen.

Auch Zwischenziele wurden gesteckt: 2020 sollen 40 Prozent Reduktion erreicht sein, 2030 schon 55 Prozent und 2040 dann 70 Prozent. „Schade nur, dass wir schon das erste Ziel kommendes Jahr verfehlen werden,“ bemerkt Martin Buschmann, Spitzenkandidat zur Europawahl 2019. Voraussichtlich werden 2020 nur 32 Prozent weniger Treibhausgase produziert werden.

Jeder der identifizierten sechs Wirtschaftssektoren hat seinen Beitrag zu leisten. Der Energiesektor ist dank des beschlossenen Kohleausstiegs schon auf einem guten Weg. Wie es aber in den Bereichen Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft konkret weitergehen soll, ist noch unklar. Umweltschutzverbände haben schon um-

fassende Vorschläge erarbeitet, welche Maßnahmen getroffen werden könnten.

Verantwortlich für die Einhaltung der verbindlichen Ziele sind die Ministerien. Sollten durch einen Mangel an Klimaschutz für Deutschland Kosten entstehen, müssen die Ressorts aus ihrem Haushalt dafür aufkommen. Auch die Bundesregierung darf eingreifen, wenn ein Sektor seine Emissionen nicht wie geplant abzusenken vermag.

„Bisher klafft leider zwischen den von der Bundesregierung auf dem Papier gesteckten Zielen und dem tatsächlichen Handeln noch eine große Lücke“, gibt Martin Buschmann zu Bedenken. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz setzt sich dafür ein, grundlegende Reformen anzugehen. Gerade in der Landwirtschaft böte die Abkehr von der industriellen Massentierhaltung enormes Potential, nicht nur klimafreundlicher zu werden, sondern gleichzeitig auch für Mensch und Tier die Lebensqualität ausschlaggebend zu verbessern.



Sandra Scherzer

Altersarmut – es ist eine Schande!

Wie in unserer Gesellschaft mit den Menschen umgegangen wird, denen wir unseren wirtschaftlichen Wohlstand maßgeblich zu verdanken haben...

Es kann nicht angehen, dass Menschen, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet, sich um andere gekümmert und ihre Kinder erzogen haben, heute vor dem Nichts stehen. Jeden Cent zwei und dreimal umdrehen müssen. Flaschen sammeln müssen, um sich hin und wieder mal was „leisten“ zu können.

Menschen, die unser Land nach dem Krieg wieder aufgebaut haben, die unser Wirtschaftswachstum getragen und erst möglich gemacht haben.

Waren 2006 noch 10,3 Prozent der Rentner von Armut betroffen, sind es heute schon 15,6 Prozent. Das ist eine Steigerung von 51 Prozent.

Mittlerweile hat jeder zweite Angst vor Altersarmut und das nicht unbegründet. Denn weder sind die Renten sicher, noch werden sie für einen Großteil von uns überhaupt ausreichen um nur halbwegs über die Runden zu kommen.

Besonders Frauen trifft das Dilemma um die Rente besonders hart. Denn immer noch

verdienen Frauen im Schnitt 21% weniger als Männer, etwas das sich bei der Rentenberechnung deutlich zeigt. Und das was eine Mutter für die Zeit der Erziehung ihrer Kinder zugesprochen bekommt ist schon fast lachhaft.

Immer wieder wird in den Medien darüber berichtet, das der Respekt älteren Menschen gegenüber, teils auf erschreckende Weise, nachlässt. So wie unsere Rentner von den politischen Köpfen der letzten Jahrzehnte behandelt werden, braucht sich darüber aber ehrlich gesagt kaum wer wundern...

Es ist an der Zeit den Menschen die uns geboren, aufgezogen, unterstützt und dieses Land nach einer mehr als schrecklichen Zeit wieder aufgebaut haben, endlich wieder Respekt zu zollen – auch finanziell!

Deshalb stehen wir von der Partei Mensch Umwelt Tierschutz für die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens und einiger weiterer Maßnahmen, die auch und vor allem Menschen die Hilfe und Respekt benötigen, ein menschenwürdiges Leben ermöglichen!

Strafanzeigen gegen Schlachthof

Man braucht starke Nerven für diese Videoaufnahmen. Kopfüber werden Kühe mit Seilwinden vom Hänger gezerrt und an Gabelstaplern befestigt durch den Schlachthof geschleift. An einer Stelle schneidet sich das Seil minutenlang in das Auge einer Kuh. Die Tiere machen eine unglaubliche Tortur durch, bevor sie dann getötet werden.

Wieder ist ein Schlachthof aufgefliegen, weil es Tierschützern gelang, Videoaufnahmen zu machen. Der Betrieb in Düdenbüttel wurde umgehend geschlossen. Nicht nur, weil auf seinem Gelände so grausam mit dem Vieh umgegangen wurde, sondern auch deswegen, weil man dort entgegen aller Vorschriften kranke, verletzte und sterbende Kühe schlachtete. Das Fleisch wurde anschließend in die gesamte EU weiterverkauft. Somit muss nicht nur wegen brutaler Tierquälerei Anklage erhoben werden, sondern auch aufgrund der wissentlichen Gefährdung der Verbraucher. 20 Landwirte aus der Region sowie das

Veterinäramt müssen sich nun vor Gericht verantworten. Es handelt sich hierbei lediglich um die Spitze eines kriminellen Netzwerkes von Bauern, Viehhändlern und Tierärzten.

Dieser Vorgang zeigt erneut, wie wichtig die unabhängige Recherche von Tierschützern ist, um Missstände aufzudecken. Es sind nicht nur die Gesetze und staatlichen Vorgaben, die unzureichend sind! Nein, auch die Überwachung ihrer Einhaltung ist höchst lückenhaft. Martin Buschmann, Spitzenkandidat der Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) zur Europawahl 2019, zeigt sich erschüttert. „Wie kann es sein, dass in Deutschland die Pflicht zum Tierschutz immer noch so massiv verletzt wird? Hier sind sowohl die Gemeinden, als auch das Land und erst recht der Bund gefordert, schnellstens einzuschreiten und endgültig sicherzustellen, dass eine solch grausame Tierquälerei nicht mehr stattfinden kann.“ Es handelt sich um den nun zehnten Schlachthof-Skandal in nur zwei Jahren.

Irrweg Tierwohl-Label

Nun ist es so weit: Das neue Tierwohl-Label ist auf dem Markt! Ab heute können Verbraucher nun ganz frei von Gewissensbissen ihr Fleisch im Discounter um die Ecke kaufen. Vier Stufen zeigen den Kunden an, wie gut das Tier gelebt hat, das sie nun ethisch völlig unbedenklich verspeisen.

Bei der Bewertung der Lebensqualität werden die Faktoren Platz im Stall, Beschäftigungsmaterial, Tageslicht- und Frischluftkontakt sowie Auslauf herangezogen. Geht es den Tieren nun so viel besser durch die Einführung des Labels? Wohl kaum! Die Verbesserungen von Stufe zu Stufe sind minimal und die unwürdigen Bedingungen bleiben überwiegend bestehen.



Das größte Problem liegt allerdings darin, dass das Fleisch zumeist ins Ausland exportiert wird oder an billige Fast-Food-

Ketten, die das Tierwohl eher nicht im Blick haben. Zudem greifen doch viele zu den billigen Angeboten, auch Stufe zwei sei ja schon eine Verbesserung.

Es geht bei dem Tierwohl-Label im Grunde darum, den Verbrauchern das schlechte Gewissen zu nehmen und damit Profit zu schlagen. Ob dies den Tieren in irgendeiner Form wirklich hilft, bleibt sehr fraglich!

Skandalurteil: Aberkennung der Gemeinnützigkeit für Attac

Bereits 2014 hob das Frankfurter Finanzamt die Gemeinnützigkeit der globalisierungskritischen Nichtregierungsorganisation Attac auf. Der Behörde waren die Aktionen des Vereins zu politisch. Attac klagte gegen die Aberkennung und gewann 2016 vor dem Hessischen Finanzgericht. Nun lehnt der Bundesfinanzhof erneut die Gemeinnützigkeit für Attac ab und gibt auf seiner Jahrespressekonferenz ein Urteil aus Januar bekannt: Politische Ziele sind nicht förderungswürdig. Das Urteil des Bundesfinanzhofes könnte nun zum Präzedenzfall werden.

„Das ist ein herber Schlag für die Demokratie. Gemeinnützige Zwecke sind ohne Einflussnahme auf die politische Willensbildung kaum zu verfolgen. Wenn das hohe Gericht nun urteilt, dass Aktionen zu tagesaktuell politischen Themen nicht in den Bereich der förderungswürdigen und gemeinnützigen Bildungsarbeit fallen, so könnte sich dieses Urteil folgens schwer auf viele weitere, wichtige Organisationen auswirken. Die Diskussion um eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit für unbequeme Vereine hat bereits Hochkonjunktur. CDU, FDP und AFD arbeiten derzeit im Bundestag daran, auch der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und der Tierrechtsorganisation PETA e.V. die finanzielle Grundlage zu entziehen. Solche Urteile reißen eine noch riesigere Kluft zwischen Zivilgesellschaft und die finanzstarken Lobbys. Das Vertrauen des Bürgers in die Demokratie wird durch solch ein Urteil schwer beschädigt, denn es schlägt eine tiefe Kerbe in die politische Teilhabe und das ehrenamtliche Engagement“, so Patricia Kopietz, Bundesgeschäftsführerin der Partei Mensch Umwelt Tierschutz.

Während unzählige fragwürdige Institutionen den Status der Gemeinnützigkeit beibehielten, arbeite man sich hier gezielt im Stil der Autokratie an regierungskritischen Organisationen ab.

„Der Katalog für gemeinnützige Zwecke ist zwar eng formuliert, jedoch sind die Zwecke scheinbar reine Auslegungssache, denn weder die Bertelsmann-Stiftung, noch die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik dienen dem Gemeinwohl, sondern verfolgen knallharte, kommerzielle Interessen. Auch dürfen wir gespannt sein, wie sich die Begründung der politischen Einflussnahme im Falle von Attac auf den Status vermeintlich gemeinnütziger Institutionen wie den Deutschen Jagdverband, dessen Interessenvertreter in sämtlichen Parlamenten sitzen und die Gesetzgebung mitbestimmen, auswirken“, so Kopietz weiter.

Die Partei unterstütze die nun lautstark geforderte Rechtssicherheit für Vereine. Es scheine notwendig zu sein, die in Paragraph 52 der Abgabenordnung bestehenden Formulierungen zu 25 gemeinnützigen Aktivitäten, unter anderem die „allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens“, zu konkretisieren. Denn die Finanzmärkte gefährden die Demokratie, weshalb die Arbeit von Attac klar erkennbar demokratiefördernde Ziele hat. Auch könne man darüber streiten, ob im Gegensatz dazu Amateurfunk und Modellflug tatsächlich förderungswürdiger sei als politische Meinungsbildung.

„Mit Blick auf Ungarn erleben wir innerhalb der EU bereits, wie regierungskritische Organisationen einfach unterdrückt werden. Statt es einem Viktor Orbán gleichzutun, sollte Deutschland als starker Bündnispartner dafür Sorge tragen, dass unabhängige Netzwerke und somit auch die demokratischen Werte und Grundrechte gestärkt werden. Es ist nur ein kleiner Schritt zwischen willkürlicher Unterdrückung politischer Meinungen und dem Zusammenbruch einer hart erkämpften Demokratie“, warnt Patricia Kopietz, die für ihre Partei als eine Spitzenkandidierende zur diesjährigen Europawahl antritt.



**VOTE FOR
THE ANIMALS**

ANIMAL
JUSTICE PARTY

Eine weitere Abgeordnete für unsere australische Schwesterpartei „Animal Justice Party“! Diesmal im Oberhaus des Bundesstaates New South Wales in Australien. Herzlichen Glückwunsch an unsere neu gewählte Kollegin Emma Hurst – Animal Justice Party Candidate!

„Wir haben wieder einmal gezeigt, dass, wenn wir alle zusammenhalten, unsere Bewegung sehr mächtig ist. Zehntausende Einwohner stimmten für die „Animal Justice Party“, weil sie gesehen haben, dass es Zeit für Veränderungen ist.“, so Emma Hurst. „Aber das ist erst der

Weitere Abgeordnete für die australische Tierschutzpartei

Anfang. Nun beginnt die eigentliche Arbeit. Ich werde kein Politiker sein, der leere Versprechungen macht – ich werde alles tun, um Änderungen für Tiere zu erreichen, denn es gibt immer noch Millionen Hühner in Käfigen, es gibt Koalas, deren Häuser abgerissen werden und Tiere, die geschossen werden dürfen. Lasst uns unerbittlich, mutig und beharrlich sein. Lasst uns Veränderungen fordern. Lasst uns furchtlos aufstehen und unsere Chancen nutzen.“

Einer der Gratulanten war Martin Buschmann: „Wieder einmal ein positives Signal für den politischen Tierschutz. Überall in der Welt sitzen immer mehr Tierschützer in den Parlamenten. Am 26. Mai sieht die Welt auf Europa und dabei natürlich auch auf uns. Nutzen wir unsere Chance, bei den kommenden Europawahlen und natürlich auch bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen, der Welt eine positive Bilanz unserer Bemühungen zu zeigen.“

Ein Sitz in England für Jane Smith (Animal Welfare Party)

Zum ersten Mal hat eine Tierpartei einen Sitz in einer britischen Wahl gewonnen ... Unserer AWP-Ratsmitglied Jane Smith verteidigte erfolgreich ihren Stadtratssitz in Alsager mit satten 9,8 % der Stimmen und schlug ALLE Kandidaten aus Labour und Conservative!

Jane sagt: „Dies ist ein wunderbarer Sieg für die Animal Welfare Party und unsere breitere tierpolitische Bewegung. Wir haben jetzt bewiesen, dass die Menschen angesichts der Gelegenheit an der Wahlurne für die Rechte der Tiere an Menschen stimmen. Ich bin allen, die in diesem Wahlkampf von David und Goliath mitgeholfen haben, sehr dankbar und natürlich all den großartigen Bewohnern aus West Ward, die für mich und die Animal Welfare Party gestimmt haben. Wir sind an der Avantgarde einer großen internationalen Bewegung für den

Wandel, und wir brechen jetzt ständig Hindernisse für die Vertretung von Tieren und ihrer Rechte in der menschlichen Politik auf.



Ich freue mich sehr darauf, in den nächsten vier Jahren in Alsager und darüber hinaus für Menschen, Tiere und Umwelt zu arbeiten – und ich möchte auch jeden ermutigen, der die Rechte der Tiere in unseren politischen Systemen vertreten will.“ Bilanz unserer Bemühungen zu zeigen.“



*Mucad ist eines der 50 Opfer
des völkisch-rechtsextremen
Terroristen in Christchurch*

They are us. – Trauer um die Opfer von Christchurch

Wir trauern um die Toten des Anschlags im neuseeländischen Christchurch. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer und den Verletzten und Überlebenden, die fortan mit den Erinnerungen an diese monströse Tat leben müssen.

Diese Tat war Ergebnis jahrelanger Hetze gegen Muslime und Minderheiten. Die Motive des extremistischen Täters sind bekannt und sind eine Zusammenstellung der gängigen Narrative und Propagandamittel der rechtspopulistischen und rechtsradikalen Kommunikationskanäle.

Wir als Partei Mensch Umwelt Tierschutz lehnen jede Form von Extremismus und Gewalt ab. Wir möchten den friedlichen Gedankenaustausch,

das Miteinander der Kulturen und Menschen fördern. Nur so können die zunehmenden Radikalisierungstendenzen aufgehalten werden. Menschlichkeit, Mitgefühl und Vernunft sollen die zentralen Werte des Zusammenlebens in allen Ländern sein.

Die todbringenden Ideologien der Extremisten bringen keine Lösungen, sondern verschärfen nur die Probleme, bringen weitere hervor und münden in solch entsetzlichen Taten wie die von Christchurch.

Die Schmerzen der Unterdrückten, der Stimmlosen und Schwachen, der Minderheiten sind auch unsere Schmerzen. They are us.



Kreuzfahrt-Verbot ab 2026 in Norwegens Fjorde

Norwegen geht seit Jahren mit gutem Beispiel voran: Mit E-Fähren in den Fjorden. Jetzt hat das norwegische Parlament einen sensationellen Beschluss erlassen.

Jedes Jahr werden die drei kleinen Orte im Fjord mit nur 4600 Einwohnern von 600.000 Auto- und Bustouristen sowie und 300.000 Kreuzfahrtreisenden besucht. Das Problem für die Anwohner: Der große Andrang der Schiffe konzentriert sich auf die drei Sommermonate. Die schwimmenden Hotels werden immer größer und hinterlassen Feinstaub, Stick- und Schwefeloxide, auch wenn sie schon wieder in der Nordsee angekommen sind.

Vidar Helgesen, der norwegische Minister für Klima und Umwelt, schätzt, dass ungefähr die Hälfte der Schiffe, die die Fjorde anlaufen, bereits vor der Jahrtausendwende in Dienst gestellt wurden. „Die entsprechen nicht den modernen Umweltauforderungen“, so der Minister. Jetzt hat das norwegische Parlament, den Beschluss 672 gefasst, dass ab 2026 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge die Welterbe-Gewässer befahren dürfen. Bis dahin sind die Unternehmen verpflichtet, den Schadstoff-

ausstoß der in den Geiranger- und Nærøyfjord fahrenden Schiffe den neusten umwelttechnischen Errungenschaften anzupassen. Im Gegensatz zu Schweröl und Marinediesel können durch den Einsatz von Liquefied Natural Gas (LNG) die Emissionen von Stickoxiden bis zu 80 Prozent und der CO₂-Ausstoß um weitere 20 Prozent reduziert werden.

Die norwegische Gesetzgebung setzt die internationalen Kreuzfahrt-Reedereien unter Zugzwang und das ist gut so. Seit dem letzten Jahr hat in der Branche ein Umdenken eingesetzt. Inzwischen haben Reedereien wie AIDA, Costa, Royal Caribbean, Carnival Cruise Line, MSC und P&O neue mit LNG angetriebene Schiffe bei den Werften bestellt. Damit ist eine Alternative zum Schweröl gefunden.

Generell ist die Entscheidung eher eine symbolische. Martin Buschmann, EU-Kandidat für die Europawahl: „Der Ausstoß der Kreuzfahrtschiffe macht insgesamt nur 0,13 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen weltweit aus, aber es ist selbstverständlich ein Schritt in die richtige Richtung.“



Jörg Etgeton

Ist der Konsum von Fleisch und tierischen Produkten noch zeitgemäß?

Wenn man auf den Klimawandel und Klimaschutz zu sprechen kommt, wird meist sofort harsche Kritik gegenüber Ölkonzernen laut. Das sicherlich zurecht, schließlich ist deren Ausstoß an Treibhausgasen mit 1700 Megatonnen CO₂-Äquivalent für 5 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich.

Gerne übersehen wird der ebenso verheerende ökologische Fußabdruck der industriellen Massentierhaltung. Die größten fünf Konzerne der Branche stoßen beinahe 578 Megatonnen Treibhausgas aus, mehr als Exxon-Mobil (577 MT), Shell (508 MT) oder BP (448 MT). Die Top-20 der Fleisch- und Milchproduzenten bringen es sogar auf 933 Megatonnen, etwas mehr als Deutschland in einem Jahr an Treibhausgasen produziert. Besonders gefährlich ist das ausgestoßene Methan, das als 25 Mal klimaschädlicher gilt als CO₂. 60 Prozent der Methan-Emissionen Deutschlands stammen aus der Landwirtschaft.

Neben dem Klima belastet die Viehhaltung auch die Umwelt schwer. Der Luftschadstoff Ammoniak stammt zu 95 Prozent aus der Landwirtschaft (52 Prozent Rinder-, 20 Prozent Schweine-, 9 Prozent Geflügelhaltung). Der

Feinstaub-Anteil unserer Atemluft würde um 10% sinken, wenn die Ammoniak-Emissionen halbiert werden könnten.

Auch die anfallenden Güllemengen sind zum Problem geworden. Weil die Bauern zu viel davon auf ausbringen, sind unsere Böden und zunehmend auch das Grundwasser mit Nitrat belastet. Schon 40 Prozent der deutschen Messstellen vermelden Werte nahe der Grenze von 50 Milligramm pro Liter. Die von der Allgemeinheit zu tragenden Mehrkosten für die Aufbereitung des Wasser liegen bei bis zu 767 Mio. Euro pro Jahr.

Noch mehr Fleisch wäre eine Katastrophe, nicht nur für Deutschland oder Europa, sondern weltweit. Um den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, was eigentlich schon eine zu starke Klimaerwärmung mit dramatischen Folgen bedeutet, muss der Fleischkonsum in den nächsten zehn Jahren auf 22 Kilogramm pro Person sinken. Bis 2050 sollten wir einen Wert von 16 Kilogramm pro Kopf erreicht haben. Aktuell ist genau das Gegenteil der Fall: für 2030 wird ein Fleischkonsum von mindestens 48 Kilogramm pro Kopf prognostiziert.



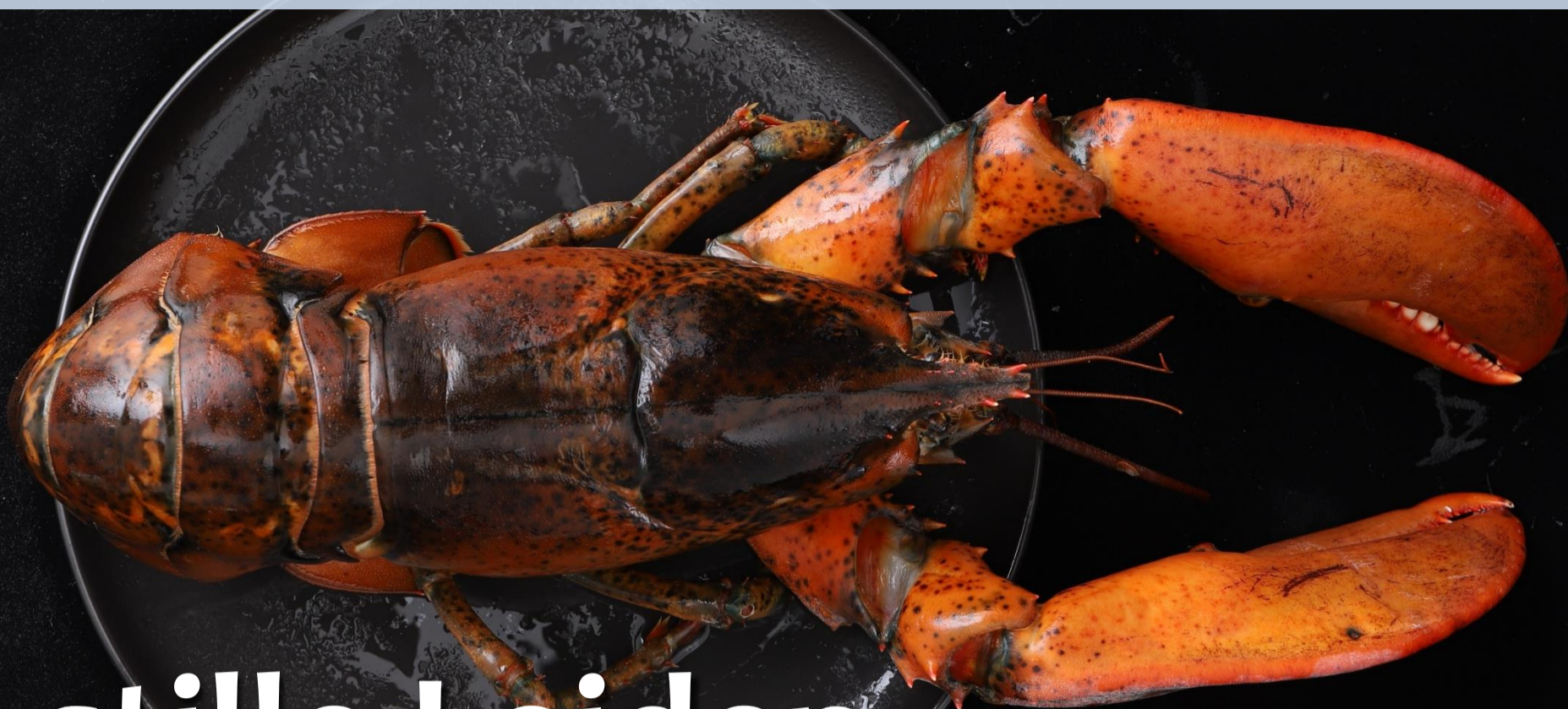
Der Verbrauch in Deutschland scheint allerdings die Trendwende geschafft zu haben und nahm zuletzt auf unter 60 Kilogramm ab (dabei zu beachten: 7% der jährlichen Fleischeinkäufe wandern in den Müll). Weniger Fleisch bedeutet nicht, dass der Mensch zukünftig auf eine gesunde Ernährung verzichten müsste. Im Gegenteil, weniger Fleisch zu konsumieren beugt vielen Erkrankungen vor. Gerade verarbeitetes Fleisch sollte wegen des krebserregenden Potenzials nur in moderaten Mengen genossen werden. Schon 300 bis 600 Gramm Fleisch pro Woche sind für einen Erwachsenen vollkommen ausreichend. Dies entspricht 15 bis 30 Kilogramm pro Jahr. Freitags Fisch und ein Sonntagsbraten wären ein passendes Konzept.

Eine ausgewogene vegetarische Ernährung fördert die Gesundheit noch weiter. Vegetarier sind meist besser mit Kalium, Magnesium, Folsäure, Vitamin C, E und Ballaststoffen versorgt. Das Risiko für Diabetes Typ II oder Bluthochdruck sinkt. Beim Übergang zu einer veganen Ernährungsweise sollte allerdings darauf geachtet werden, ausreichend Eiweiß und Aminosäuren auf dem Speiseplan zu haben.

Für viele entscheidend bei der Umstellung der eigenen Ernährung ist neben Erwägungen zum Klima- und Umweltschutz und gesundheitlichen Überlegungen die ethische Komponente. In der industriellen Massentierhaltung wird den bewirtschafteten Tieren unermessliches Leid zugefügt. Milliarden Geschöpfe leiden ihr gesamtes Leben von der Geburt bis zur Schlachtung, um die Profitgier der Konzerne und die fehlgeleiteten Konsumwünsche der Menschen zu befriedigen.

Auch hier setzt inzwischen ein Umdenken ein. Eine konsequente Durchsetzung des Tierschutzes wird gefordert sowie eine Verschärfung der geltenden Gesetze. Am Ende wird die Erkenntnis stehen, dass für alle empfindungsfähigen Lebewesen unverbrüchliche Rechte garantiert werden müssen.

Die massenhafte Produktion von Fleisch hat keine Zukunft. Sie steht im Gegensatz zu Umwelt- und Klimaschutz, beeinträchtigt negativ die Gesundheit der Menschen und kommt organisierter Tierquälerei gleich. Eine grundlegende Agrarwende und ein Ende der Landwirtschaftskonzerne ist daher unausweichlich.



Das stille Leiden der Hummer

Lange Zeit galt es als ausgemachte Sache, dass Krebstiere keinen Schmerz spüren. Zu unterentwickelt sei ihr Nervensystem, die Tiere seien nur zu Reflexen fähig. Es wäre schön, wenn diese Annahme der Wahrheit entsprechen würde, denkt man daran, wie Hummer bei lebendigem Leib in heißem Wasser gekocht werden.

Die Forschung erzielte aber bereits Ergebnisse, die in eine ganz andere Richtung deuten. So wurden in Experimente beispielsweise die Fühler von Garnelen mit Säure gereizt, woraufhin die Tiere begannen, diese zu reiben. Waren die Fühler zuvor betäubt worden, zeigte sich keine Reaktion. Auch bei einer schmerzhaften Injektion begannen Krebse, das betroffene Körperteil am Boden zu scheuern.

Am aussagekräftigsten allerdings war ein Versuch mit Gemeinen Strandkrabben. Die Tiere wurden in die Mitte eines erleuchteten Aquariums gesetzt, woraufhin sie Schutz suchten an den abgedunkelten Seiten. Sie taten dies, um sich instinktiv den bestmöglichen Schutz vor Fressfeinden wie Möwen zu sichern. In dem Versuch aber bekamen die Tiere, sobald sie in den dunklen Bereichen saßen, Stromstöße verabreicht. Schon nach zwei Versuchsdurchläufen hatten die Tiere gelernt, dass im

Dunkeln ein Stromstoß drohte und trotz des starken Dranges, sich vor Fressfeinden zu schützen, blieben die Strandkrabben im Hellen. Offensichtlich empfanden sie den Stromstoß als so sehr unangenehm, dass sie die Angst im Licht bevorzugten. Damit glich ihr Verhalten dem von Wirbeltieren.

Als wirbellose Tiere aber haben Hummer, Langusten und Taschenkrebse bisher keinerlei Rechte. Tierschutzbestimmungen gelten für sie nicht. Mit fortschreitender Erkenntnis ist allerdings auch die Einstellung des Menschen zu Krustentieren im Wandel. In der Schweiz, Großbritannien und Neuseeland ist es inzwischen vorgeschrieben, beispielsweise Hummer vor dem Kochen zu betäuben. Wie weit die Tiere gehen, um dem Schmerz zu entgehen, illustriert ein Video, das im Juni 2018 viral ging: ein kleiner Flusskrebs schnitt sich seine eigene Schere ab, um dem Kochtopf zu entkommen.

Da das Potenzial für Leiden ganz offensichtlich gegeben ist, muss der Umgang mit Krustentieren in der Lebensmittelindustrie neu überdacht werden. Fang, Lagerung, Transport und Tötung sind keinesfalls artgerecht. Allein an Hummern werden jedes Jahr 250 Millionen Tiere gefangen, es geht insgesamt um das Wohl von Milliarden von Krustentieren.



Welttragödie Artensterben und die Bundeslandwirtschaftsministerin

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Tierschutzpartei – NRW flankiert die scharfe Kritik der Umweltverbände an der Politik der schwarz-gelben Landesregierung in NRW und blickt darüber hinaus nach Berlin und Brüssel.

„Der Totalausfall in Düsseldorf im Bereich Umwelt- und Tierschutz ist das eine, das Drama um die trotz aller Flops und Skandale nach wie vor amtierende Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner das andere,“ betont Sandra Lück, Landesvorsitzende der Tierschutzpartei NRW und EU-Kandidatin. Die Fehlleistungen deutscher verantwortlicher Politik auch in Brüssel wie die Unterstützung der Weitergenehmigung von Glyphosat, endlos langer quälender Tiertransporte u.a. kämen hier noch hinzu.

„Tiere können nicht wählen, die Agrarlobbyisten aber reichlich an Parteien spenden,“ konstatiert sarkastisch Reiner Lück, Landesgeschäftsführer der Tierschutzpartei NRW. Dieser einfache wie sachlich faktisch richtige Satz reicht PolitikerInnen in Verantwortung bereits, um beim Thema Tierschutz nur desinteressiert mit den Achseln zu zucken.

Für die Tierschutzpartei ist es nach wie vor Skandal wie Rätsel zugleich, wie eine Person wie Julia Klöckner, Bundeslandwirtschaftsministerin mit Unterstützung der Fortsetzung der betäubungslosen Ferkelkastration, industrialisierter Massentierhaltung, Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft u. v. a., weiterhin im Bundeskabinett und in der GroKo mit der SPD offenkundig unangefochten

weiterarbeiten kann im Sinne der sie unterstützenden Agrarlobby.

Die Umweltverbände prangern aktuell wieder einmal die Welttragödie des weltweiten Artensterbens an. „Das öffentlichkeitswirksame Darstellen des rasanten Artensterbens weltweit und die nachhaltige Aufzeigung dieser Tragödie sind wichtig, ändern aber nichts an den Ursachen. Das Aufwecken der VerbraucherInnen zur Überdenkung ihrer Ernährungs- und Lebensgewohnheiten wäre dabei ein wertvoller Effekt. Was jedoch sofort und unabdingbar notwendig ist, ist ein vollständiger Kurswechsel in der deutschen Landwirtschaft als Beitrag unseres Landes,“ fordert Elisabeth-Maria van Heesch, Generalsekretärin der Tierschutzpartei NRW und Ratsfrau in Essen.

Ein weltweiter Kurswechsel sei natürlich notwendig, aber sofort angebar sei zunächst, was die Politik in Deutschland kraft eigener Entscheidungsgewalt zeitnah umsetzen und angehen könne. „Die deutsche Landwirtschaft mit industrialisierter Massentierhaltung, Überdüngung, Gülleverseuchung der Böden und Grundwasser, Pestizid- und Glyphosat-großeinsatz und dem damit einhergehenden Artensterben in Tier- und Pflanzenwelt ist ein maßgeblicher deutscher Negativbeitrag zum Artensterben. Wir fordern als Tierschutzpartei in aller Vehemenz den Ausstieg aus der Massentierhaltung mit all ihren negativen Konsequenzen für Menschen und Tiere,“ so EU-Kandidatin Sandra Lück, Tierschutzpartei NRW.



Keine Subventionen für innerdeutsche Flüge!

Während so gut wie alle Produkte in Deutschland durch die Mehrwertsteuer belastet werden, gibt es immer noch eine Ausnahme, die eigentlich nicht wirklich plausibel ist.

Die Finanzierung des Luftverkehrs wurde international von der UN-Luftfahrtorganisation ICAO geregelt: Die Nutzer, also die Fluggesellschaften und Passagiere zahlen für den Bau und Betrieb der Infrastruktur, also die Flughäfen.

Mit jedem Start und jeder Landung sind daher Flughafengebühren fällig. Das ist anders als beim Straßen- und Schienenverkehr, wo der Staat den größten Teil der Infrastruktur finanziert. Darum werden im Luftverkehr keine

weiteren Steuern für internationale Flüge erhoben.

Für die innerdeutschen Flüge könnte Deutschland das Kerosin jedoch besteuern. Das macht nicht nur Sinn, sondern würde (wenn dadurch die Flüge reduziert werden) durchaus den CO₂-Ausstoss vermindern.

Zudem ist diese indirekte Subventionierung des Flugverkehrs auch eine Wettbewerbsverzerrung, da man für andere Transportmittel ja durchaus Mehrwertsteuer zahlt. „Oftmals sind Flüge innerhalb Deutschlands günstiger, als Bahnfahrten oder gar Fernbusse.

Das ist eine Absurdität, die vor allem der Umwelt Schaden zufügt.“ So Martin Buschmann.



Umweltminister Lies (SPD) lässt willkürlich Wolf abschießen

Willkommenskultur passé – Lobbyismus, Willkür, Jagdlust und Hass bestimmen politisches Klima

Das männliche Elterntier des Rodewalder Rudels, „GW717m“, wird zur Entnahme (d. h. Tötung) vom niedersächsischen Umweltministerium durch Sondergenehmigung freigegeben. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz zweifelt stark an der Rechtmäßigkeit dieser Sondergenehmigung.

Das männliche Elterntier des Rodewalder Rudels, „GW717m“, wird zur Entnahme (d. h. Tötung) vom niedersächsischen Umweltministerium durch Sondergenehmigung freigegeben. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz zweifelt stark an der Rechtmäßigkeit dieser Sondergenehmigung.

Nach Bundesnaturschutzgesetz § 45 Abs. 7 ist eine Entnahme eines Wolfes nur möglich unter der Voraussetzung, dass

1. alle mildereren Mittel ausgenutzt worden sind,
2. zwingende Gründe des überwiegenden Interesses vorhanden sind,

3. sowie zur Abwendung erheblicher wirtschaftlicher Schäden dient.

U. a. wären Besenderung und Vergrämnungsmaßnahmen mildernde Mittel gewesen. Diese wurden nicht ausgeschöpft. Außerdem bezweifeln wir anhand der fehlenden Veröffentlichungen des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), dass hier alle bekannten Schutzmaßnahmen für Nutztiere ausgeschöpft wurden. Wir stellen zudem in Frage, dass es zu erheblichen wirtschaftlichen Schäden gekommen ist, bzw. gekommen wäre. Wer definiert eigentlich, was, in diesem Fall, erhebliche wirtschaftliche Schäden darstellen? Herr Lies möge uns dieses beantworten.

Wer soll den – richtigen – Wolf schießen? Wie soll sichergestellt werden, dass tatsächlich das richtige Tier abgeschossen wird. Selbst für Fachleute sind die adulten Rudelmitglieder im Winterfell schwer zu unterscheiden.

Des weiteren wurde 13 ehrenamtlichen, durch das Ministerium für Umwelt bestellten Wolfsberatern in Niedersachsen, die öffentlich das Vorgehen der zuständigen Behörden schriftlich in Frage stellten, ein Maulkorb verpasst. Dieser besagt, dass sie sich politisch nicht zu äußern, sondern nur die Meinung des niedersächsischen Umweltministeriums – als die Meinung von Herrn Lies – zu vertreten haben.

Daraus ist für uns zu schließen, dass sowohl Meinungsfreiheit als auch Offenlegung der Tatsachen in Niedersachsen unerwünscht sind.

Es scheint, dass das Niedersächsische Umweltministerium und diverse Politiker/Parteien – allen voran Umweltminister Lies – völlig begründet befürchten, dass die Öffentlichkeit erfährt, dass offensichtlich nicht alle gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen ausgeschöpft wurden.

Anders ist nicht zu erklären, warum das NLWKN nicht über die durchgeführten Maßnahmen Bericht erstattet – anzunehmen ist hier, dass dies aufgrund einer Anweisung des Minister geschieht.

Es besteht also gerechtfertigte Kritik an dem bewusst eingeleiteten, gesetzeswidrigen Handeln gegen das Washingtoner Artenschutzabkommen, der Berner Konvention, dem EU-Recht mit FFH-Richtlinien und EU-Verordnung 338/97 (Anhang A) und dem deutschem Naturschutzgesetz.

Die Jägerschaft wünscht den Wolf im Jagdrecht, was nach deren Aussage aber keineswegs zur Änderung des Schutzstatus des Wolfes nach EU-Gesetz und FFH-Richtlinien beitragen sollte. Es bestünde ganzjährige Schonzeit.

Wir stellen zudem die Beweggründe des Herrn Lies in Frage, der als Umweltminister Niedersachsen extrem befangen scheint.

So äußerte er bereits in einem Interview im Februar 2018 nicht nur den Wunsch nach Bestandsregulierung durch Bejagung und Abschuss von Wölfen (sondern kündigte zudem an, auch bei der Europäischen Union für einen Politikwechsel zu werben (Quelle dts/FAZ).

Unser Standpunkt muss lauten: Wir unterstützen weiterhin den Schutz des Wolfes

durch die Naturschutzgesetze, denn er gehört weder ins Jagdrecht, noch bedarf es der Regulierung der Population, da der Wolf weiterhin eine seltene Tierart darstellt und für ein gesundes Ökosystem wichtig ist und auch dorthin gehört.



Der Wolf ist ein scheues Tier und meidet jeglichen Menschenkontakt. Ausnahmen durch menschliches Anfüttern, wie auf dem Truppenübungsplatz Bergen bekannt geworden, ändern an der Natur dieses Wildtieres nichts. Der Mensch ist normalerweise unwichtig für den Wolf.

Wir fordern Herrn Lies auf, alle fehlenden Fakten offenzulegen, auch zu den in den letzten Monaten durchgeführten Herdenschutzmaßnahmen bei den Betroffenen.

Wehret den Anfängen: Die letzten, umstrittenen Wolfsabschuss-Freigaben, z. B. Pumpak in Sachsen, als auch diese aktuelle Entscheidung nagen am Schutzstatus des Wolfes. Präzedenzfälle sind eine akute Gefahr für die Wolfspopulation und den Tierschutz.

Wie vor kurzem berichtet, möchten die AfD und die FDP die Jagd auf den Wolf legalisieren. Die nächste Gefahr wäre das Wegfallen des Schutzstatus in der EU.

Wolfsabschuss: Tierschutzpartei bereitet Klage vor

Das Bundesumweltministerium gibt einen neuen Gesetzesentwurf bekannt, der künftig den Abschuss des Wolfes erleichtern soll. Noch ist die Gesetzesänderung nicht beschlossen, das Kabinett muss die Vorlage zuvor billigen. Die Tierschutzpartei kündigt bereits jetzt juristische Konsequenzen an, sollte das Vorhaben von der Regierung umgesetzt werden.

Der neue Gesetzesentwurf der Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) sieht vor, dass sogenannte „ernste Schäden“ durch Wolfsrisse für Nutztierhalter künftig genügen sollen, um eine Freigabe zum Abschuss der streng geschützten Tiere zu erwirken. Ebenfalls sollen alle Wölfe in einem Wolfsgebiet geschossen werden dürfen, bis es keine weiteren Wolfsrisse mehr gibt, unabhängig davon, welches Tier nachweislich für einen eventuellen Vorfall verantwortlich ist. Demnach könnten nach deutschem Jagdrecht bald ganze Rudel erlegt werden – und das, obgleich der Wolf nach EU-Recht unter Artenschutz steht.

„Dieser Gesetzesentwurf ist eine klare Verletzung des Washingtoner Artenschutzabkommens. Auch Deutschland hat sich als Vertragspartner der Berner Konvention verpflichtet, dem Wolf vollen Schutz zu gewähren.

Hier werden die Interessen der Agrar- und Jagdlobby über internationales Recht gestellt!“, so Patricia Kopietz, Europakandidatin und Jagdbeauftragte der Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Tierschutzpartei. „Wir prüfen bereits jetzt rechtliche Schritte gegen die Regierung, sollte das Kabinett diesen untragbaren Entwurf billigen, der eine streng geschützte Tierart präventiv zum Abschuss freigeben soll.“

Ende Mai soll die im vergangenen Monat vom schwarz-roten Kabinett in Sachsen beschlossene Wolfsverordnung (SächsWolfMVO) in Kraft treten. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) verurteilt den sächsischen Entwurf zur Wolfsverordnung auf das Schärfste.



Der Wolf steht nun praktisch wieder auf der Abschussliste. Sachsen stellt sich damit gegen geltendes Recht auf allen übergeordneten Ebenen. Der Wolf genießt als gefährdete Tierart in Deutschland einen hohen Schutzstatus (§ 44 Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG), wird aber gleichzeitig noch durch europäisches (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, Anhang IV) und internationales Recht (Washingtoner Artenschutzabkommen, Berner Konvention) geschützt.

Die Umsetzung der Gesetze ist Ländersache und offensichtlich geht Sachsen nun einen recht eigenwilligen, um nicht zu sagen, illegalen Weg. Die „Entnahme“, also die Tötung eines Wolfs soll erlaubt sein, wenn sich dieser auf weniger als 30 Meter einem Menschen nähert und nicht vertrieben werden kann.

Außerdem sollen Wölfe abgeschossen werden dürfen, wenn erheblicher wirtschaftlicher Schaden entstanden ist. Das sei schon dann der Fall, wenn innerhalb von zwei Wochen eine Schutzmaßnahme gegen Wölfe zwei Mal

überwunden wurde. Während erstere Maßnahme vielleicht noch als Selbstverteidigung im Extremfall akzeptabel erscheinen mag, so ist die Tötung von Wölfen aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus ein Affront. Kontrollen von Tierschützern in Niedersachsen ergaben, dass höchstwahrscheinlich oftmals nicht von einem „Problemwolf“ gesprochen werden kann, wenn es zu Rissen kommt, sondern von einem „Problemzaun“.

Überprüfte Weidezäune waren vielfach nicht hoch genug und die Beutegreifer konnten leicht unter der untersten Litze hindurchkriechen. Solange es in der Landwirtschaft noch Defizite im Herdenschutz gibt, verbietet sich jede Diskussion über den Abschuss von Wölfen.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass wahllos in Wolfsrudel geschossen wird“, empört sich Patricia Kopietz, Bundesgeschäftsführerin der Tierschutzpartei. „Wir sollten die geltenden Gesetze achten und die Tötung eines Wolfes gar nicht erst in Betracht ziehen.“



Skandalurteil zum Kükenschreddern

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde § 1 des Tierschutzgesetzes – „niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen“ – so ausgelegt, dass das qualvolle, maschinell ausgeführte millionenfache Zerfetzen von männlichen Küken bei lebendigem Leibe einen „vernünftigen Grund“ dadurch erhalte, dass wenige Cent pro Eierpackung oder Kilo Geflügelfleisch eingespart werden. Denn für die Zeit bis zu einer Geschlechtsbestimmung im Ei würde der Verzicht auf die Tötungen einen Zwischenschritt darstellen, der die Unternehmen zu sehr belaste, so das Gericht.

Aber selbst wenn man so ökonomische Prämissen anlegt, ist eine Verhältnismäßigkeit nicht gegeben. Denn es kann von den Produzenten und Konsumenten erwartet werden, dass diese individuell eher geringen Geldsummen aufgewendet werden können, um solch grausame Tierqual zu vermeiden und das Kükenschreddern auch in einer Übergangszeit zu untersagen. Das Urteil ist aber auch ein weiterer falscher Richtungsentscheid, denn

nochmals wurde der juristische Boden dafür betoniert, dass für wenige Cent Gewinnmarge wesentliche ethische Minimalansprüche ignoriert werden dürfen.

Auch als „Übergangslösungen bis zur Geschlechtsbestimmung im Ei“ titulierte Tierqual-Regelungen sind nichts weiter als legalisierte Zivilisationsbrüche zulasten der Wehrlosen und Stimmlosen.

Was es nun braucht, ist eine europäische Lösung. Die Tierschutzpartei hat mit Martin Buschmann einen Abgeordneten im Europaparlament und wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass es im Tierschutz wieder einen moralischen Kompass gibt, der die Vermeidung von Schmerzen über Profite der Agrarindustrie stellt.

Ein tierschutzpolitischer Paradigmenwechsel ist nötig, um die immer weiter zunehmende industrielle Tierquälerei – und alle damit einhergehenden Schäden wie Artensterben, Naturzerstörung, Gesundheitsrisiken – einzudämmen.



Hitzefalle Auto

„Ich bin gleich wieder da!“ bedeutet oft den Tod. Auch bereits in diesem Jahr gab es schon mehrere Fälle, bei denen Hunde im Auto qualvoll gestorben sind, oft noch, indem sie vorher – aus Überhitzung – Krampfanfälle erlitten haben, bevor ihr Herz stehen blieb, weil der Körper kollabierte.

Kein Tier und kein Mensch soll und darf im Auto zurückgelassen werden – nicht bei Kälte und erst recht nicht bei Hitze. Hitze beginnt nicht erst bei 30 Grad, Hitze beginnt mit dem ersten Sonnenstrahl. Schaut euch die Tabelle an und verspricht eurem Tier, dass ihr es niemals alleine im Auto zurücklasst. Kein Einkauf dauert nur 5 Minuten. Lasst euer Tier lieber einmal zuhause, als sein Leben aufs Spiel zu setzen.

Für alle, die sich unsicher sind, wie man reagieren soll und vor allem gesetzlich darf, wenn man ein Lebewesen in Gefahr in einem Auto sieht, hier eine klare Ansage eines Anwalts:

„Hunde in versperrten Autos sind vor allem in den Sommermonaten ein wiederkehrendes

Thema, das immer wieder die Frage aufwirft, wie dem eingeschlossenen Tier in rechtlich zulässiger Weise geholfen werden kann. Zunächst hängt dies von der Situation ab, da ein eigenmächtiges Handeln durch das Einschlagen der Seitenscheibe eines Autos nur dann gerechtfertigt ist, wenn das Leben des eingeschlossenen Tieres nicht anders zu retten ist. Es gibt nur einen engen Spielraum, der durch die Notstandssituation des Paragraph 228 BGB vorgegeben ist. Das Einschlagen der Scheibe ist demgemäß dann gerechtfertigt, wenn der Halter des Tieres nicht auffindbar ist und Polizei und Feuerwehr wohl nicht mehr rechtzeitig eintreffen werden. Bei Hitze zählt jede Sekunde. Wichtig ist, dass so schonend wie möglich vorgegangen wird. Kein Einschlagen der Front- oder Heckscheibe, aber die Seitenscheibe kann eingeschlagen werden. Zeugen hinzurufen und Fotos/Videos von der Situation machen.“

PS: Auch Vögel, Insekten und andere Wildtiere leiden unter der Hitze und freuen sich z. B. über Wasserschälchen.



Marktliberale Milchmädchenrechnung

Stellen Sie sich einmal vor, jemand bietet Ihnen einen fabrikneuen Kleinwagen für nur wenige Tausend Euro an. Wer würde da nicht zugreifen? Der Haken an der Sache: Mit unsichtbarer Tinte im Kleingedruckten steht geschrieben, dass Sie jedes Jahr Ihres Lebens 100 Euro nachzuzahlen haben. Und nicht nur Sie, auch Ihr Nachbar zahlt noch ein wenig mit. Dazu noch Ihre Kinder, ja selbst Ihre Enkel. Und das selbst nach Jahrzehnten, wenn der Wagen längst Schrott ist. Genau so funktioniert unser derzeitiges Wirtschaftssystem. Denn der freie Markt berücksichtigt bei seiner Kalkulation keine Umwelt- oder gar Klimaschäden. Diese werden auf die Allgemeinheit umgelegt und in die Zukunft verschoben. Allein die deutschen Treibhausgasemissionen im Jahr 2016 verursachten Folgekosten von 164 Milliarden Euro durch Gesundheits- und Materialschäden, Ernteauffälle und Belastung der Ökosysteme. Die Konzerne freuen sich selbstverständlich über diese marktliberale Milchmädchenrechnung.

Doch unsere Wirtschaft hat sich glücklicherweise wandlungsfähig gezeigt. Sie ist nicht nur eine einfache Marktwirtschaft,

sondern eine soziale Marktwirtschaft. Dies bedeutet, dass der Staat die Wirtschaftsordnung schafft und pflegt, wobei er Wert legt auf soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Fortschritt. Der Staat zwingt das Unternehmertum, das Soziale mit in die Kalkulation aufzunehmen. Dies ist notwendig, um unsere Gesellschaft funktionstüchtig zu erhalten. Aus diesem Grund gibt es in Deutschland ein Umverteilungssystem, das Arbeitslosen Unterstützung gewährt, im Krankheitsfall aushilft, Renten gewährt und andere Subventionen oder Zuschüsse vorsieht.

Die Klimakrise aber zeigt uns, dass der sozialen Komponente schleunigst eine ökologische zur Seite gestellt werden muss, um eine überlebensfähige Wirtschaftsordnung zu schaffen. So wie wir jetzt leben und arbeiten, geht es mit Volldampf in den Untergang – denn wir zerstören die Lebensgrundlagen, die unser Planet uns bietet. Die soziale Marktwirtschaft muss also zu einer öko-sozialen Marktwirtschaft erweitert werden. Sie muss sicherstellen, dass die Umwelt als ein Gut mit Preis in alle Kalkulationen mit einfließt und so der Markt selbst Umweltschutz schafft, weil er sich lohnt.



Igel in Gefahr durch elektrische Gartengeräte

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz möchte auf die Gefahren für Igel von elektrischen Gartengeräten hinweisen. Wir haben langjährigen Kontakt zu einer privaten Igelnotfallhilfe, die uns diesen Aufruf geschickt hat.

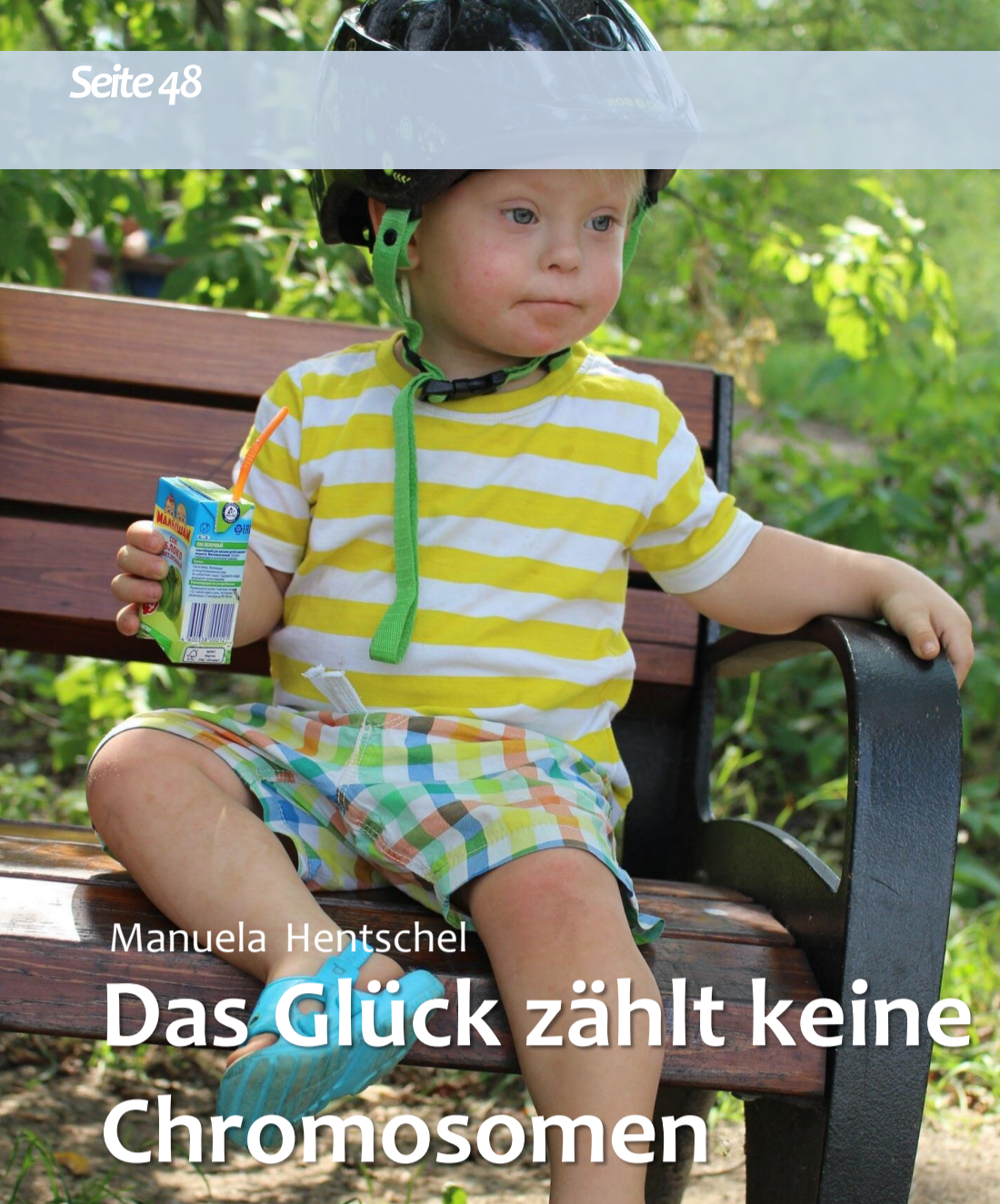
Seit den ersten schönen Sonnentagen in diesem Jahr hört und sieht man sie wieder allenthalben im Einsatz – Rasentrimmer, Fadenmäher, Tellersensen. Sie arbeiten schnell und effektiv auch an Stellen, wo der normale Rasenmäher nicht hinkommt. Diese Geräte werden häufig ohne böse Absicht, aber gedankenlos auch unter überhängenden Zweigen u. Büschen eingesetzt.

Igel nutzen solche Stellen gern als Tagesruheplätze! Sie schreien meist nicht, wenn sie übelst verletzt werden. Igel als bodenlebende Tiere leben ja nicht im sterilen Raum, die grauenvollen Wunden infizieren sich und das riechen sofort die Schmeißfliegen, die ihre Eier an solchen Tieren ablegen. Aus diesen

Eiern schlüpfen sehr schnell Maden, die zunächst das entzündete Gewebe und das Wundsekret fressen, sich dann aber auch durch das Bindegewebe tief ins Innere des Igels vorarbeiten. Alles was frisst, scheidet auch aus. Geht es dem Igel schon auf Grund seiner infizierten Wunden sehr schlecht, so kommt noch die Belastung durch den Madenkot hinzu. Letztendlich kommt es zum Organversagen durch Sepsis (Blutvergiftung).

Igel die gefunden werden, können auf Grund ihrer schwerwiegenden Verletzungen oft nicht gerettet und müssen eingeschläfert werden.

Sabine Jedzig: „Ein Igelweibchen verlor ihr Gesicht durch einen Rasentrimmer. Das Weibchen wiegt über 1000 Gramm und die Wahrscheinlichkeit, dass sie Junge hat, ist sehr groß. Was wird aus dem Wurf? Er wurde nicht gefunden.“



Manuela Hentschel

Das Glück zählt keine Chromosomen

Trisomie 21 ist die häufigste Chromosomenmutation unter Neugeborenen. Menschen mit dem Downsyndrom haben von dieser Nummer 21, dem kleinsten Chromosom des Erbguts, eine Kopie zu viel in jeder Zelle: drei statt zwei.

Kinder die die Erkrankung Trisomie 21 (bekannter unter dem Namen Down Syndrom) haben gelten als behindert. Die Betroffenen leiden häufiger an angeborenen Herzfehlern, Magen- und Darmstörungen und erkranken oft an einer frühen Form der Alzheimer-Demenz.

Mittlerweile möchten über 90 % der schwangeren Frauen kein Kind mit Trisomie 21 und beantragen einen Schwangerschaftsabbruch. Mütter die ein Baby mit Trisomie 21 in sich tragen haben die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs bis zur 22 SSW.

Normal dürfen Ungeborene bis zur 12. Woche abgetrieben werden. Die Abtreibung im späten Stadium erfolgt meist durch abklemmen einer Hauptarterie oder mit einem Medikament das in die Nabelschnur gespritzt wird und das Herz zum stehen bringt. Ein fragwürdiger Tod, den die verzweifelten Eltern nur eingehen, weil es zu diesem Zeitpunkt nur 2 Alternativen gibt: eine späte Abtreibung oder eine Geburt. Ich persönlich möchte nicht vor so einer Entscheidung stehen.

Aber es ginge auch anders: „Für einen neuen Test auf Down-Syndrom genügt etwas Blut der

Schwangeren“. Neue Verfahren können schon in der 10. Woche Trisomie 21 erkennen. Diese nennt man nichtinvasive Präanaltests. Ein Test ist in Deutschland seit mehreren Jahren zugelassen, zwei weitere aus den USA sind in Deutschland erhältlich. Hierbei genügt etwas Blut der Mutter, um Chromosomenstörungen beim Kind zu entdecken. Leider wird dieser Test noch nicht von den Krankenkassen übernommen und dieser Bluttest von dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung stark kritisiert. Er hält den Test für illegal und befürchtet eine Diskriminierung der Behinderten.

Das oberste Ziel Eltern, die sich für ein Kind mit Trisomie 21 entscheiden, sollte sein ihnen helfend unter die Arme zu greifen. Dabei geht es: 1. um die Vereinfachung Hilfe zur Entlastung zu bekommen, 2. um die Finanzierung aller Therapien und Hilfsmittel, damit das behinderte Kind bestmöglich gefördert werden kann.

Es ist enorm wichtig für Kinder mit gesonderten Förderbedarf, die Inklusionsklassen und Tageseinrichtungen endlich geeignet aufzubauen. Dazu gehören vor allem kleinere Klassen und das Einstellen von Inklusionskräften die das Kind im täglichen miteinander betreuen, ihm helfen und gemeinsam den Alltag verrichten. Schon alleine das Beantragen von einer Inklusionskraft für die Kita und Schule demotiviert viele Eltern und Institutionen. Dieser Weg muss einfacher in die Wege geleitet und das Image der Inklusionskraft aufgewertet werden. Nur so trauen sich unschlüssige Eltern zu auch ein behindertes Kind auf die Welt zu bringen, denn Hürden zu nehmen steht eh an.

Ebenso sollte die Gesellschaft dazu aufgeklärt werden, das behinderte Menschen einen Platz in unserer Mitte haben, das es etwas Selbstverständliches ist und jedes Kind – egal ob gesund oder behindert – ein gleichberechtigter Teil unserer Gemeinschaft ist. So wird nach und nach die Gesellschaft aufwachen und erfahren: „Das Glück zählt keine Chromosomen“!

Die Entscheidung jedes Einzelnen, ein Kind mit einer Behinderung in die Welt zu setzen oder nicht, muss von der Gesellschaft akzeptiert werden. Ich denke das es sich niemand leicht macht für oder gegen ein Kind zu entscheiden. Wichtig ist, das man sich entscheidet, und zwar so früh wie möglich! Für alle Beteiligten.